

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

125 (2.6.1913)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm. für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Schwarz-blaue Reaktion in Württemberg.

W. K. Man schreibt uns aus Stuttgart:

Die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen im württembergischen Landtag abspielten, sind ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie brutal die schwarzblauen Parteien ihre Macht ausüben. Mit ganz schwacher Mehrheit wurde ein Beschluß des letzten Landtags wieder aufgehoben, der einen erfreulichen Fortschritt auf dem Gebiete der Staatsverwaltung bedeutete.

Das Württembergische Land, das kaum den Umfang einer der größeren preussischen Provinzen aufweist und knapp 2 1/2 Millionen Einwohner zählt, ist mit einem besonders umfangreichen, schwerfälligen und kostspieligen Verwaltungsapparat belastet. Neben den 6 Ministerien bestehen auf dem Gebiete der inneren Verwaltung 4 Kreisregierungen und 64 Bezirksverwaltungen. Die Kreisregierungen stammen aus der Zeit Napoleons I. Sie werden seit Jahrzehnten von großen Teilen des Volkes als überflüssig bezeichnet und die Sozialdemokratie fordert von jeher ihre Beseitigung. Bis vor etwa 4 Jahren fand sie in der Zweiten Kammer und bei der Regierung mit dieser Forderung keine Unterstützung. Als aber im Zusammenhang mit der letzten großen Beamtenaufbesserung die Forderung der Vereinfachung der Staatsverwaltung populär wurde, zogen auch die Kreisregierungen die Aufmerksamkeit auf sich. In einer vom gesamten Staatsministerium dem Landtag vorgelegten Denkschrift wurde die Anregung zur Aufhebung der Kreisregierungen gegeben. Mit 47 gegen 38 Stimmen entschied sich darauf die Zweite Kammer im Juni 1912 für die Abschaffung der Kreisregierungen, und die Erste Kammer trat diesem Beschluß einstimmig bei. Neben den von lokalen Rückstärkern geleiteten Vertretern der Kreisstädte stimmte das Zentrum geschlossen, für ihn ergebene Bund der Landwirte zum größten Teil für die Erhaltung der alten Einrichtung. Die prinzipielle Abneigung gegen den Fortschritt und das lokale Interesse der stark katholischen Kreisstadt Ellwangen waren die Beweggründe des Zentrums.

Im neuen Landtag erwartete man nun einen Gegenwurf, der den vorjährigen grundsätzlichen Beschluß in die Wirklichkeit umsetzte. Aber die Rechte hatte 6 Mandate gewonnen und es war Stimmengleichheit zwischen rechts und links (46 : 46) eingetreten. Außerdem war an die Stelle des fortschrittlich gesinnten Ministers v. Bischoff der Minister v. Fleischer getreten. Gleich bei der allgemeinen Etatsdebatte im Januar ds. Jrs. stellte sich heraus, daß das Zentrum alle Mittel anwenden wollte, um die Durchführung des vorjährigen Beschlusses zu hintertreiben. Eine wertvolle Unterstützung erfuhr dies Bestreben durch den neuen Minister, der sich in scharfer Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger setzte und die Kreisregierungen verteidigte. Es half nichts, daß man ihm vorhielt, er sei als bisheriger Kultusminister durch die Denkschrift des Staatsministeriums gebunden.

Bei Beratung des Etats des Innern wurde nun die Entscheidung herbeigeführt. Das Zentrum unternahm einen neuen Vorstoß zugunsten der Kreisregierungen, worauf der Minister zwar wieder eine kleine Schwankung nach links vollzog, aber durch seine doppeldeutige Haltung doch die Position der Rechten stärkte. Er gab zu, daß er sich bei der Einarbeitung in sein Amt überzeugt habe, daß der Abbruch der Kreisregierungen schon weiter vorgeschritten sei, als er angenommen habe. Er sei auch bereit, die Aufhebung zu vollziehen, wenn nicht von der Kammer ein gegenteiliger Beschluß gefaßt werde. Das ließ sich das Zentrum nicht zweimal sagen. Aber es brachte nicht den klaren Antrag auf Erhaltung der Kreisregierungen ein, sondern bemäntelte den Rückschritt durch allerlei Beiwerk, wie Beziehung von Laienmitgliedern, Einschränkung der kollegialen Tätigkeit usw. Dies Beiwerk diente lediglich dazu, einigen Bündlern, die im vorigen Jahr für Aufhebung gestimmt hatten, einen Vorwand zum Umfall zu geben. Sie fielen dann auch um bis auf einen. Der Antrag, der zugleich vom Bauernbund unterstützt wurde, erblickte am Schluß der dreitägigen Generaldebatte über den Etat des Innern das Licht der Welt. Die Debatte hatte sich bis dahin um alle denkbaren anderen Fragen gedreht. Als schließlich die Aussprache über den neuen Antrag beginnen sollte, überraschte das Zentrum — zwei Stunden nach Bekanntgabe seines Antrags — das Haus mit einem Schlußantrag und setzte dessen Annahme gewalttätig durch. Wie später die Zentrumsredner zu ihrer Entschuldigung erklärten, hatte der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion, der Ulmer Kommerzienrat Wieland, das Zentrum angebettelt, den Schlußantrag zu stellen, damit er, der abreisen wollte, noch mitstimmen könne. Dabei ist zu beachten, daß Wieland seine Ulmer Kreisregierung retten wollte, während die große Mehrheit seiner Fraktion für Aufhebung der Kreisregierungen eintrat.

nettes Bild: der Führer der Nationalliberalen ruf

das Zentrum zu Hilfe gegen seine eigene Fraktion! Mit der Annahme des Schlußantrags war auch die Möglichkeit beseitigt, Kommissionsberatung zu beantragen. Die Rechte hatte abgezählt und 1 oder 2 Stimmen Mehrheit für ihren Plan festgelegt, und daher sollte im Galopp die Entscheidung herbeigeführt werden. Die Führer des Zentrums und der Bündler traten die auf Trenn und Glauben getroffene Vereinbarung des Seniorenfondents mit Füßen, wonach zur Vermeidung von Zufallsmehrheiten bei wichtigen Fragen auf Wunsch die Abstimmung auf die folgende Sitzung verschoben werden soll. Entgegen einem von unserer Fraktion geäußerten Wunsch wurde beschloffen, sofort abzustimmen. Auf diesen Gewaltakt antworteten Sozialdemokratie und Volkspartei mit dem Mittel der Obstruktion und zwangen durch Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit die Rechte, die Abstimmung zu vertagen. Da zufällig an demselben Tag eine Abend Sitzung vorgesehen war, konnte bei einem dem Streitpunkt beruhenden Etatstitel die vormittags verhinberte Debatte doch noch herbeigeführt werden. Mit solcher Heftigkeit wie am Donnerstagabend hat im württembergischen Landtag kaum je einmal getobt. Der Volksparteiler Kaufmann und Gen. Dr. Lindemann gingen mit der brutalen Gewaltpolitik der Rechten und der Zweideutigkeit der Regierung unbarmerzig ins Gericht. Es hagelte Zwischen- und Ländungsrufe. Oft vermochte der Präsident auf Minuten die Ruhe nicht herzustellen. Vindemann kennzeichnete die ganze Widersinnigkeit der Verwaltung des Schreibertages und stellte fest, daß die Beibehaltung der Kreisregierungen die Bankrotterklärung der Staatsvereinfachung bedeutet. Nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen, sondern in der Sehnsucht nach einer Nachprobe komme das Zentrum zu seiner alle parlamentarischen Bräuche zertrümmernden Taktik.

Die Abstimmung, die dann am Beginn der Freitagsitzung stattfand, hatte das Ergebnis, daß der Antrag des Zentrums und des Bauernbundes mit 44 gegen 39 Stimmen und 1 Enthaltung angenommen wurde. Es fehlten 2 Gegner, 3 Anhänger der Kreisregierungen und 2 unsichere nationalliberale Kantonsisten. Zentrum und Bündler stimmten geschlossen für ihren Antrag, dazu kam der Abgeordnete für Reutlingen-Stadt, der die Kirchturnsintereessen vorantstellte.

Mit starkem Bradorufen begleitete die Rechte die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses. Die Freude wurde ihr aber gründlich vergällt durch eine nochmalige heftige Debatte, in der die Genossen Keil und Lindemann, sowie die Volksparteiler Kaufmann und Leising die Unpopularität der Zentrumsführer in bengalische Beleuchtung rühten. Die Vorkstellungen, die der 1. Vizepräsident v. Kienne (Zentr.) erfuhr, steigerten seine Gereiztheit derart, daß er sich einen Ordnungsruf seines konservativen Kollegen zuzog. Die Blamage und moralische Niederlage der Rechten ist um so größer, als selbst der konservative Präsident v. Kraut gestern zur Vertagung der Abstimmung geraten hatte, aber von seinen eigenen Reuten im Stich gelassen worden war.

Die Verschärfung des Verhältnisses zwischen rechts und links wird über diesen Konflikt hinaus dauern. Im Volke wird jetzt erst recht der Kampf gegen die Kreisregierungen entzündet. Und das Volk wird erkennen, daß es bei den letzten Wahlen hereingefallen ist.

Dokumente für die Charakterlosigkeit der Zentrumspolitik.

Abgeordneter Matthias Erzberger

im „Fränkischen Volksblatt“ Nr. 24 vom 30. Januar:

Die angefündigte neue Militärvorlage soll nach Presseangaben 100 Millionen Mark an fortdauernden jährlichen Mehrausgaben erheischen. Aber irgend eine maßgebende Behörde kann diese Forderung vor dem Reichstage nicht vertreten, ohne alle bisherigen Versicherungen derselben Stelle aufs schwerste zu erschüttern und hierdurch eine Verunsicherung und ein Mißtrauen im ganzen Volke hervorzurufen, wie man dies bisher nicht erwarten konnte. Nach den amtlichen Erklärungen der Jahre 1911 und 1912 ist für eine neue große Militärvorlage einfach kein Platz oder man hat den Reichstag damals mit allen öffentlichen und namentlich vertraulichen Mitteilungen irreführt. Die Militärvorlage konnte jenes Maß von Vertrauen nicht mehr beanspruchen, das ihr der Reichstag in weitestgehender Weise schenkte. Die Liste der „blamierten Europäer“ würde um viele Namen verlängert werden. Wenn man nämlich sich vor Augen hält, daß die fortdauernden Mehrausgaben der großen Militärvorlage von 1912 nicht ganz 60 Millionen Mark betragen, so muß es einfach als undenkbar bezeichnet werden, daß 1913 eine Vorlage mit 100 Millionen Mark dauernder Mehrausgaben vorgelegt wird. Ein solches Verlangen der bisher vertretenen Ansicht der Militärvorlage könnte durch keinen Wechsel im Kriegsministerium oder Generalstab verändert oder gerechtfertigt werden. Aus diesen inneren Gründen der völligen Preisgabe der starken preussischen Tradition im Seereswesen würden daher Meldungen über diesen Umfang einer neuen Vorlage ins Gebiet der Fabel verwiesen werden.

„Kölnische Volkszeitung“

in Nr. 68 vom 23. Januar:

„Was hier gefordert wird, das ist nicht neu; das sind alte Forderungen gewisser Militaristen, die auch den Herren im Kriegsministerium schon lange bekannt sein müßten. Diese Läden sind nicht erst jetzt durch den Ballantrieb fühlbar geworden. Wenn der Kriegsminister bis vor wenigen Wochen trotzdem diese Forderungen im Interesse der Sicherheit des Reiches“ nicht gestellt, ja zum Teil noch ausdrücklich abgelehnt hat, so müssen entweder diese Forderungen nicht nötig sein, oder aber der Kriegsminister müßte kein Verständnis für ihre Notwendigkeit und Dringlichkeit bis jetzt gehabt haben. Aber ganz abgesehen davon, ist auch gar nicht daran zu denken, daß jetzt schon wieder eine größere Armeevorlage in dem von den Zeitungen angedeuteten oder ähnlichen Umfang im Reichstage eine Mehrheit finden wird. Dazu fehlen die Mittel, die auch mit der neuen Besitztener nicht zu bekommen sind. . . . Aber es müßte endlich auch von amtlicher Seite aus jenen Freibericern ein Ende gemacht werden, und zwar bald mit einer klaren Antwort, was man eigentlich will oder nicht will. Oder sollte man an gewissen Stellen selbst noch nicht wissen, was man will, das heißt was nötig ist im Interesse des Reiches und was nicht? Mit solchen maßlosen Forderungen, wie sie jetzt immer wieder als großzügige Armeereform verlangt werden, deren Erfüllung wir aber nicht für möglich halten, werden auch die Kreise mißtrauisch gemacht und beunruhigt, welche bisher die Armeeforderungen bewilligt haben und auch in Zukunft im Interesse der nationalen Sicherheit bewilligen werden, was notwendig ist, aber nicht mehr. Im übrigen sind wir überzeugt, daß weder der Kriegsminister noch der Reichschahsekretär noch der Reichskanzler selbst sich von diesen Freibericern zu großen Armeevorlagen und damit zu Konflikten verleiten lassen werden, die für die Regierung und für das Parlament unausbleiblich wären.“

„Augsburger Postzeitung“

(Zentrumsblatt) in Nr. 99:

„Was jetzt über den Umfang der neuen Militärvorlage und ihre Kosten verlautet, übersteigt die bangsten Befürchtungen. Dabei geht das Blatt nur für die dauernden Ausgaben von einer und genommenen richtigen Zahl aus, für die einmaligen jedoch nur von 800 Millionen, einer Summe, die weit unter dem tatsächlichen Bedarf bleibt. Wir können uns gar nicht denken, wie die Deckung dieser horrenden Summen aufgebracht werden soll. Die Herren Abgeordneten sollten eher die Berufung ans Volk über sich ergehen lassen, als daß sie die neuen ungeheuren Lasten dem Volke auferlegen. Kein Zentrumswähler wird einem Abgeordneten zürnen, wenn dieser es ablehnt, sich zu Dingen, zu Ungeheuerlichkeiten herzugeben, die niemand zahlen kann. Man will gar nicht, daß der Reichstag sich zur Durchführung der Forderungen wirklich einsetzt, sondern man preßert sie ihm so, daß er rebellieren muß. Uns kanns nachher gleich sein. Ihr Ziel wird die Regierung nicht erreichen.“

Es ist die beste und einfachste Methode, die politische Charakterlosigkeit des Militarismus mit Ausprägungen aus dem schwarzen Lager dokumentarisch zu belegen. Die Zitate, die wir hier abdrucken, sind erst wenige Monate alt — die kurze Spanne Zeit hat aber völlig genügt, um das gärende Drachengift der zentriemlichen Opposition in die Milch der frommen Denkungsart zu verwandeln, aus dem mannhaften Gegnern einer wahninnigen Mißtrauungshege eine Horde hiesiger Kriegervereiner zu machen. Der große Matthias aus Buttenhausen kämpft heute wie ein Löwe für die Militärvorlage, die weit über das hinausgeht, was er in dem vorhin zitierten Artikel als völlig unannehmbar bezeichnet hatte. Seit an Seite mit Josias v. Heeringen schiebt er überdies für den ungeschmäleren Fortbestand aller Gardeprivilegien und noch andern überflüssigen und schädlichen Schnickschnacks. Mit nicht weniger Eifer kämpft die „Kölnische Volkszeitung“ für die maßlosesten militaristischen Ausschreitungen und klagt bitter über einige süddeutsche Außenseiter, die anstatt sechs nur drei Kavallerie-Regimenter bewilligen wollen. Die „Augsburger Postzeitung“ wiederum hat inzwischen Herr v. Herling an die Kandare genommen und sie mit staatsmännischen Gebärden ins Lager der Militaristen getrieben.

Deutsche Politik.

Der Bundesrat gegen die elsass-lothringische Ausnahmegebung. Die freikonservative „Post“ vom Freitagabend schreibt:

„In der gestrigen Vollsession des Bundesrats ist auch die Beschlußfassung über die Anträge der elsass-lothringischen Regierung in bezug auf das Vereins- und Pressegesetz erfolgt. Dem Vernehmen nach haben die Ausschüsse, denen die Prüfung der Anträge übertragen war, die Frage in einer Sitzung erledigt. Aus diesem Grunde ist es auch möglich gewesen, eine so schnelle Erledigung über eine so wichtige Frage von großer politischer Bedeutung herbeizuführen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß es sich bei den vorliegenden Anträgen wohl um eine materielle Prüfung ihrer Berechtigung und eine Begutachtung der Einzelheiten der vorgeschlagenen Maßnahmen gehandelt hat. Bei der Entscheidung, ob der Bundesrat den Anträgen zustimmen und daraus Gesetzentwürfe für den Reichstag formulieren soll, dürfte in erster Linie die Frage gestanden haben, ob solche Vorlagen überhaupt Aussicht auf Annahme im Reichstag bieten. Daß ganz unabhängig von dieser Frage die Anträge der elsass-lothringischen Regierung als materielle

Gründen eine Mehrheit gefunden hätten, darf man wohl annehmen. Wenn aber trotzdem die Entscheidung des Bundesrats gegen die effizienteste Regierung ausgefallen ist, wie eine Nachrichtenstelle zufolge in maßgebenden Kreisen allgemein angenommen wird, so ist dabei die Erwägung ausschlaggebend gewesen, daß im Reichstag zurzeit keine Mehrheit für die Vorlage vorhanden ist."

Ein Staatsverbrechen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat wieder einen schrecklichen Frevel entdeckt. Das sozialdemokratische „Kasseler Volksblatt“ vom 19. Mai enthielt folgende Anzeige:

„Heute ist uns ein gesunder Junge geboren. Kassell, 17. Mai 1913. Oberbürgermeister Dr. Scholz und Frau.“

Es ist, so schreibt dazu das wachsame Organ für Staatserhaltung, gewiß nicht anzunehmen, daß der Oberbürgermeister diese Familienanzeige selbst dem sozialdemokratischen Blatte zur Veröffentlichung übermitteln hat. Das Blatt wird sie einer anderen, bürgerlichen Zeitung entnommen haben, sei es aus Versehen, sei es aber auch aus irgend einem anderen Grunde. Bekanntlich kann gegen den Nachdruck solcher Anzeigen auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vorgegangen werden.

Selbstverständlich nimmt die „Deutsche Tageszeitung“ doch an, daß der Kasseler Oberbürgermeister selbst der Inzident ist und sie will ihm den ihm zukommenden Hieb nur auf indirektem Wege versetzen.

Das schlimmste ist, daß Herr Scholz zum Oberbürgermeister der Residenzstadt Charlottenburg ausersehen ist. Er wird sich in den Augen der Zionswächter höchstens noch durch die Erklärung rehabilitieren können, daß er durch die Anzeige den Genossen eine Mahnung zur Nachfolge auf dem Wege zur Bekämpfung des Geburtsrückgangs habe erteilen wollen.

Das Jahresgehalt des Mecklenburg-Schwerinschen Großherzogs. Die Schweriner Regierung fordert für den Fall der Verfassungsreform für den Großherzog Friedrich Franz die Festsetzung eines Jahresgehaltes von 1 000 000 Mk. Diese Zivilliste soll sich zusammenfassen aus Erträgen von Landgütern, Forsten, Zinsen einer zu deponierenden Kapitalsumme und aus einer in bar zu zahlenden sogenannten Kronrente von 200 000 Mk. Ursprünglich forderte die Regierung für ihren großherzoglichen Brotgeber noch 100 000 Mk. mehr. Der Landtag lehnte aber den in bar zu zahlenden Teil der Zivilliste damals auf 100 000 Mk. statt der verlangten 300 000 Mk. herab, womit der Großherzog indessen nicht einverstanden ist und also nun fordert, die bare Kronrente auf 200 000 Mk. zu bemessen. Mit einer Zivilliste von 1 800 000 Mk. so führt die Schweriner Regierung begründend an, könne der Großherzog nicht auskommen, denn ein erhebliches Privatvermögen hätten die Mitglieder des Fürstenhauses nicht, die Anpannen hätten schon jetzt nicht voll ausgeübt zur Bestreitung des Haushalts jener, und es müsse dem Großherzog die Möglichkeit gegeben werden, „ein Vermögen anzufammeln und zu verwalten“. In der Kommission des Landtages haben die Minister die erhöhte Zivilliste dann noch mit der Begründung gefordert, der Großherzog habe doch auch zu rechnen mit der einmaligen Wehrabgabe für die Militärvorlage! Das leuchtete den „Mittlern“ und den Bürgermeistern, die den jetzigen Landtag ausmachen, überzeugend ein und sie bewilligten die Zivilliste in Höhe von 1 900 000 Mk. Der Vorgang zeigt aber, wie selbst das einmalige „Fürstentum“ den Steuerzahler aufgepaßt wird, und zwar nicht nur einmal, sondern dauernd.

Strenger Arrest zur Bekämpfung sozialdemokratischer Gesinnung. Bei der Beratung der Wehrvorlage stimmte die Mehrheit der Budgetkommission einer Resolution zu, die die Befreiung des strengen Arrestes verlangt. Das gibt einem höheren Offizier Veranlassung, für die Verbeibehaltung dieses barbarischen Strafmittels eine Lanze zu brechen, und er besorgt dies in der den reaktionärsten Ansichten stets zugänglichen „Kreuzzeitung“. Vom erhebenden Standpunkt des Gemächenskopfes legt er dar, daß nur durch den strengen Arrest die Disziplin aufrecht erhalten werden kann und zur Begründung führt er aus:

Die verheerenden Einflüsse der Sozialdemokratie haben das Ihrige getan, einen Teil unserer Jugend zu schloffen und unbotmäßiger wie früher zu machen. Die Verhältnisse in den großen Industriebezirken lehren das zur Genüge. Man beobachte die dortige Jugend doch einmal an Sonn- und Feiertagen! Sozialdemokratische Redner und Blätter gefallen sich allerdings vielfach in dem Hinweis, daß gerade der Sozialdemokrat ein besonders pflichterfüllter Soldat sei. Ich kann das nicht als vollkommen unanfechtbar hinstellen, wenn es auch unter den Mannschaften, welche vor der Einstellung als Soldat jener Partei, sei es aus Ueberzeugung, sei es aus Rücksicht vor Umgebung, Familie usw. angehört, eine recht erhebliche Zahl durchaus guter und williger Soldaten gibt."

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

12

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Die Nachmittage waren still auf „Waldeslust“. Die Familien des Städtchens waren im allgemeinen vom Werktag in Anspruch genommen und gingen ihrer Arbeit nach. Nur selten erschienen einige Damen oder erwichen eine Kaffeegesellschaft, die irgend einen Anlaß zur Feier hatte. Die Herren blieben am Nachmittag in den Gasthäusern des Städtchens; ihre Spaziergänge erstreckten sich von der einen Wirtschaft in die andere. Neuerdings begann aber auch das anders zu werden. In immer mehr Köpfen brach die Erkenntnis durch, daß man den Dämmererschoppen nicht unbedingt in dem rauchigen Gastzimmer einzunehmen brauchte. Konnte man nicht ebenso gut in einem schönen Garten sitzen?

Den Sommer muß man im Freien verleben, sagte der Zahnarzt und erschien jeden Nachmittag mit seinen Getreuen in „Waldeslust“.

Auch Ohlsen kam recht häufig, schuld beladen und still, aber fest entschlossen, seine Wideracher durch eine weitgehende Anhänglichkeit milde zu stimmen. Er erreichte auch endlich seinen Zweck. Der Zahnarzt konnte das Glend nicht mehr mit ansehen und ging er mit dem Eifer des Neubefehrs sofort zum radikalen Flügel über. Da Ohlens Weste nur selten geschlossen wurde, da also der Sommer schön war, konnte der Besitzer ein Nachmittagsgeschäft verzeichnen, wie er es in „Waldeslust“ noch nie erfahren hatte. Sogar am Vormittag, wo sonst der Garten ausgetrocknet war, kamen vereinzelt Gäste. Axel Salvorfen kam nie von seinem frühen Spazierritt heim, ohne im Garten einzufahren und ein kleines Glas Frühstückswein zu trinken.

Zu den Gästen, die nicht erst mit Dagmar gekommen waren, gehörte der Gastwirt Lorenz Asmussen, der seit vielen Jahren am Spätnachmittag hier ein Glas kühles

Bedeutung ist, daß die Militärverwaltung behauptet, eine vergleichende Uebersicht über Zahl und Ursache der Fälle, in denen strenger Arrest verhängt worden ist, nicht liefern zu können. Wir zweifeln nicht daran, daß sich daraus ohne weiteres die Unhaltbarkeit der Behauptungen des „Kreuzzeitungs“-Offiziers ergeben würde.

Ausland.

Chefverreich.

Finanzreform. Die schweren innerpolitischen Kämpfe der letzten Jahre haben ein Anziehen der Steuerfahne, das die Regierung natürlich längst wünschte und das die ständig gestiegenen Ausgaben seit langem notwendig machten, bisher verhindert. Nun aber läßt es sich nicht länger aufschieben. Es ist deshalb ein Finanzplan dem Parlament vorgelegt und von der deutsch-bürgerlich-aristokratisch-sozial-politischen Mehrheit auch schon so ziemlich gutgeheißen worden. Er besteht darin, daß die höheren Stufen der Einkommensteuer eine geringe Erhöhung erfahren sollen, jedoch soll die Steuerpflicht auch weiter wie schon bis jetzt bei einem Einkommen von 1200 Kronen beginnen. Die Brantweinsteuer soll gewaltig erhöht und durch ein weiteres Gesetz den Provinzen („Königreichen und Ländern“) die völlig freie Verfügung über die Beiträge eingeräumt werden, die ihnen der Staat überweist. — Unsere Genossen haben ein Gegenprojekt ausgearbeitet, nach welchem das steuerfreie Existenzminimum, der Steuererhebung entsprechend, von 1200 auf 1600 Kronen hinaufgesetzt, die höheren Steuerstufen wesentlich erhöht, die Brantweinsteuer jedoch nicht erhöht und der hierdurch entstehende Ausfall durch Befreiigung der Schnapssteuern gedeckt werden soll. Endlich sollen die Länder verpflichtet werden, die ihnen überwiesenen Beträge auch wirklich zu dem in Aussicht genommenen Zweck, nämlich zur Erhöhung der Lehrergehälter, zu verwenden.

Schweden.

Der schwedische Reichstag hat mit großer Majorität eine Invaliden- und Altersversicherungsvorlage angenommen, wonach das ganze Volk, mit Ausnahme der Beamten, versichert wird. Die Versicherten werden je nach ihrem Einkommen in 4 Klassen eingeteilt: bei einem Einkommen bis 500 Kr. beträgt der Jahresbeitrag 3 Kr., bei 500 bis 800 Kr. Einkommen 5 Kr., bei 800 bis 1200 Kr. Einkommen 8 Kr. und bei einem höheren Einkommen 10 Kr. pro Jahr. Die Arbeitgeber sind von der Beitragspflicht befreit. Die Verwaltung der Versicherung ist eine rein bürokratische durch von der Regierung ernannte Beamte. Die zu bewilligenden Renten werden in der Gemeindebezirken durch von der Gemeinde gewählte Beauftragte in erster Instanz festgestellt. Die durch die Beitragszahlung gewonnenen Rechte beziehen sich lediglich auf eine Rente bei volljähriger Invalidität oder beim Eintritt eines Alters von 67 Jahren. Die jährliche Rente beträgt für Männer 30 Proz. der eingezahlten Beiträge, für Frauen 24 Proz. Dazu zählt der Staat einen jährlichen Zuschuß von 160 Kr. für Männer und 140 Kr. für Frauen. Abzugsfähig von diesem Staatszuschuß sind sämtliche eigenen Einnahmen des Rentenbezieher von 50 Kr. jährlich an, wobei bei 300 Kr. Einnahmen ein Staatszuschuß nicht mehr gewährt wird. Invaliditätsvorbeugende Maßnahmen sieht das Gesetz nicht vor, sodaß eine der wichtigsten Forderungen der Sozialversicherung unberücksichtigt geblieben ist.

Süd-Amerika.

Gegen die Forderung in Brasilien und Porto Rico. Die Arbeiter in Rio de Janeiro, der Hauptstadt von Brasilien, führen seit einiger Zeit einen energischen Kampf gegen die Lebensmittelerhöhung. Infolge der wachsenden Empörung der Massen beschloß das Kabinett eine Reihe von Maßnahmen zur Verbilligung der Nahrungsmittel, unter anderem eine Ermäßigung der Einfuhrzölle. In Matanzas, Porto Rico, wurde eine Volksgesellschaft zur systematischen Bekämpfung der Forderung auf Artikel des Nahrungsmittel- und Wohnungs im Leben gerufen. Es wurden zweckentsprechende Maßnahmen seitens des Parlamentes gefordert.

Badische Politik.

Zu den Landtagswahlen.

Zwischen den Vertretern der drei Linksparteien fand gestern in Karlsruhe eine abschließende Verhandlung über die bei den bevorstehenden Landtagswahlen zu befolgende Taktik statt. Es ist sicher zu erwarten, daß die in Betradt kommenden Organisationen den Grundlagen des Abkommens ihre Zustimmung geben werden.

Wahlabkommen und Arbeitsgemeinschaft.

Zu diesem Thema schreibt die nationalliberale Wochenschrift „Der Deutsche Volksbote“ in seiner neuesten Nummer:

Vor einigen Tagen haben in Karlsruhe zwischen den Vertretern der Nationalliberalen Partei, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei wieder Besprechungen stattgefunden über das Vorgehen bei der Landtagswahl. Man ist dabei vorläufig noch zu keinem Ergebnis gekommen, die Besprechungen werden aber in kurzer Zeit fortgeführt und dürften in nächster Zeit zu einem greifbaren Ergebnis führen, das dann noch der Zustimmung der Gesamtpartei bedarf.

Leider ist es die tagtägliche Erfahrung, daß über die Bedeutung, die allgemeine Bedeutung eines Abkommens der Linksparteien keine richtige Auffassung herrscht. Vielfach werden die Interessen eines Wahlkreises als für wichtiger erachtet, als die Interessen der Gesamtpartei oder, darüber hinaus, des ganzen Landes. Denn es handelt sich hier doch schließlich um eine grundsätzliche Erledigung der Frage: In welcher Hauptrichtung soll künftighin die Politik des Landes gehalten werden? Was wir zu erwarten haben, wenn die Linke stark geschwächt wird, das wissen wir ja. Wir lehnen in Bayern und an anderen Staaten, wo sich das Konfessionsparteienregiment vorbereitet.

Es ist etwas Schönes um die Selbstständigkeit der Parteien. Wir wüßten aber nicht, inwiefern unsere Partei selbstständiger wäre als andere, als das Zentrum, die Konservativen, die Fortschrittler usw. Alle sind darauf angewiesen, da und dort für die Wahlen Vereinbarungen zu treffen, die an einem Ort ein Opfer bedingen, das an einem andern Ort durch einen Vorteil ausgeglichen wird.

Und so ist es doch zu verstehen und aufzufassen, wenn die Wähler an einem Ort für einen fremden Kandidaten ins Feld ziehen, wogegen an einem andern Ort die Wähler der andern Partei für unseren Kandidaten kämpfen. Es ist doch Kirchturnspolitis im engsten Sinne des Wortes, wenn darüber auch nur die geringste persönliche Mißstimmung aufkommen kann. Es gilt nicht für einen Kandidaten zu kämpfen, es gilt nicht für einen Wahlkreis zu kämpfen, ja es gilt nicht einmal in erster Linie für die Lage der Partei zu kämpfen — es gilt hier den Einfluß für die ganze Politik des Landes! Was wir untereinander auszumachen haben, etwa mit den Sozialdemokraten und den Fortschrittlichen, das kommt schon noch und jene werden es sich auch nehmen lassen, die Wahrheiten, die sie für uns aufbewahrt haben, anzugraben. Es ist dies aber auch nicht nötig, daß es anders sei, denn, woherverhätten, es gilt nicht eine Arbeitsgemeinschaft zu schaffen, sondern ein Wahlabkommen.

Was ist denn der Unterschied zwischen einem Wahlabkommen und einer Arbeitsgemeinschaft?

Ein Wahlabkommen gilt eben nur für die Wahl. Man führt da eine Art Stimmverteilung durch, die in derselber Form durch das Verhältniswahlrecht später geschaffen werden soll. Man bemüht sich natürlich insofern ein gerechtes Ausmaß zu schaffen, als man rechnet: Hier geben wir einer andern Partei soviel Stimmen und dort müssen wir eine ähnliche Zahl erhalten.

Also vor sich selbst kann es jeder verantworten, wenn er einmal seine Stimme einem ihm nichts weniger als angenehmen Kandidaten geben muß. Und wir glauben auch im Ganzen mit Wählern rechnen zu dürfen, die diese Sachlage verstehen und die allgemeinen Interessen vor die Besonderen zu stellen vermögen.

Es gilt nur, daß man in allen Versammlungen genau auseinanderhält: Was Nationalliberalen sind zusammengekommen, um miteinander die Lage zu besprechen. Wir stehen auf dem Standpunkt, wir sind nun baderländisch gestimmt und liberal. Wir können wir uns nun am besten durchsetzen, wie können wir in unserem Lande die größte Macht gewinnen, die notwendig ist, um die Politik in ein günstiges Fahrwasser zu bringen?

Das kann eben dann unter Umständen nur mit einem Opfer möglich sein, wobei man aber immer und immer wieder betonen soll: Ihr sollt nationalliberal sein, sollt keinen Zoll breit von diesem Boden weichen, sollt mit aller Macht daran gehen, diesen Machtbereich noch zu erweitern, aber die höhere Pflicht gebietet es jetzt, einmal bestimmte Kämpfe ruhen zu lassen und andere umso erhitlicher zu kämpfen. Gerade wie im Kriege ein Heerhaufen auch nicht blindlings losstürmen kann, sondern zu Zeiten einmal Wechsellagerung bei Fuß stehen muß oder gar Seite an Seite mit Verbündeten kämpft, die ihm nicht gerade sonderlich angenehm sind.

Das alles muß klar ins Auge gefaßt und unterschieden

Bier zu trinken pflegte. In jedem Nachmittag sah man seine hohe, etwas vornübergebeugte Gestalt über die Schiffbrücke schreiten. Er freute sich, wenn viele Segler im Hafen waren und sah den Löscharbeiten eine ganze Weile zu. Dann ging er den Strandweg hinaus, ließ seine Blicke über die weite, offene Bucht streifen und genoß die Dämmerung, ohne die er sich das Leben gar nicht hätte denken können. Wenn er damit fertig war, schlug er nach links einen Wiesenpfad ein, der zum Walde hinausführte, machte einen längeren Spaziergang durch die grüne Buchenstille und erschien schließlich durch den hinteren Eingang im Garten von „Waldeslust“. Wenn man Lorenz Asmussen so den Strandweg entlang schreiten sah, hielt man ihn leicht für älter, als er wirklich war. Das Haar war leicht ergraut, die buschigen Augenbrauen und der kurze, etwas stachelige Schnurrbart waren es ebenfalls. Außerdem war er schwerhörig und erhielt auch dadurch einen älteren Zug. In der hohen Gestalt aber steckte viel Kraft. Man hatte etwa den Eindruck: ergraut, aber in voller, starker Männlichkeit ergraut. Auf den ersten Blick hatte die hohe Gestalt etwas Unwirkliches und Knorriges, das an einen alten Militär erinnern mochte. Wenn man aber mit ihm sprach, sah man zwei treue, ernste Augen auf sich gerichtet, in denen eine unendliche Güte lag. Er war eine stille und redliche Natur, wie man sie nur selten findet. Sein Ansehen war darum auch sehr groß und außerordentlich fest begründet. Wenn man sich irgendwo über das Erbteil nicht einigen konnte, ging man zu Asmussen hinunter; wenn er dann mit seiner stillen und gütigen Augen den widerstrebenden Teil ansah, widerstand er nur selten und alles wurde leichter geordnet. In allen Fragen der Rechtllichkeit war Asmussen eine anerkannte Autorität; man wußte von ihm, daß er weder eines Unrechtes noch einer Unwahrheit jemals fähig sein würde. Asmussen hatte seit Jahren den Garten von „Waldeslust“ angepflanzt, weil es hier am Nachmittag so still und friedlich war. Das war nun zwar anders geworden, aber dafür konnte er ja seine Freude an Dagmar haben. Wenn sie so flink und fröhlich durch den Garten lief, wenn sie die Scherze

der Herren mit munterem Lachen aufnahmen und sie gleichwohl in ihren Grenzen zu halten wußte, wenn sie sich unverdrossen in der Arbeit tummelte, ohne je milde zu werden, — dann freute sich Lorenz Asmussen von ganzem Herzen. Es war nicht die Freude der anderen; es war die Freude seiner redlichen Seele, weil hier vor seinen Augen etwas Gutes geschah. Er konnte mit lächelndem Blick dastehen, wenn er überdachte, wie dieses tüchtige junge Mädchen ihren eigenen Weg ging. Es war wirklich ein Segen, daß sich wieder einmal ein frisches Menschenkind an das Gute hielt und die Achtung ihrer Vaterstadt gewann. Man mußte ihr entgegenkommen, wo man nur konnte; man mußte ihr den Weg leicht machen, und man mußte jeden verabschieden, der etwa mit Stachelreden zu kommen wagte. Nebenher sah er wohl, daß sie schön war, aber vor allem freute sich seine Rechtllichkeit über einen Sieg des Rechts. Er konnte während seines ganzen Aufenthalts dem einen Gedanken nachsinnen: wie schön und gut das alles ist! Und dabei war sie so fröhlich, als wenn sie nie ein Elternhaus in der Fischerstraße gehabt hätte. Es war nicht anders, als wenn einem diese hellen Augen ganz in das Herz hineinzuglängen vermöchten. Asmussen hatte die Fröhlichkeit des reinen Herzens und freute sich immer, wenn er einen fröhlichen Menschen traf. Er konnte über eine harmlose Schürze so herzlich lachen, wie kein anderer, und darum freute ihn auch die muntere Scherze, die durch den Garten flogen. Er selber gehörte zu den Gästen, die von Dagmar ausgezeichnet wurden; sie konnte sein Ansehen in der Stadt, sie wußte, was er galt und liebte ihn nie aus den Augen, wenn er seine stillen Nachmittagsstunden bei ihr verbrachte. Im besonderen war ein kleiner Scherz zwischen ihnen zu einer festen Gewohnheit geworden. Asmussen war schwerhörig und wurde im allgemeinen etwas unwirksam, wenn er an diesen Umständen innert wurde. Dagmar aber hatte eines Tages, als er die Höhe seiner Beche nicht gleich verstand, seinen kräftigen Kopf zwischen ihre kleinen Hände genommen, hatte ihren Mund ganz dicht an sein Ohr herangebracht und hatte ihm dann die Summe wie ein tiefes Geheimnis ins Ohr

werden das n... gends... fähig... sich et... und e... Zeiten... nalen... w en... Lar zu... Diese... gander...
In... mer 10... Landtag... und zwo... und Ger...
Der... eröffnen...
Uns... daß Herr... Seefreie... herabge... lebhaft b... Zeit der... kalen Ge... haffig eb... damals... mancher... staatsre... was die... brochen... nicht zu... nicht veri... hätte...
Neue... lingen un... „Wittgen... Vatarlon... Dona u... Infanterie... tion sei be...
Som... badischen... Freiebung... Wfr. Ober... rangspoliti... Würde aus... weis sprech... gung von... bauten ja... einmüßige... jammerege... durch Vie... des Hochba...
Von d... Monaten... Viehwetter... Viehwetter... reichte, sow... schloffen, W...
gestültert... sondern h... verlassen...
Leibe und... Seele...
festen Gem... mer die L... Lorenz As...
Sogar die... wackern A... wenig um...
Asmussen... in seine ei... der Stadt... Abendessen... und dann... essen persö... ger und B... so peinlich... Wohlhaben... oft nach i... teuren Hof... sich im allg... dann noch... langen Pfe... Tag zu üb... der Zukun... Stunden, d... brachte... haineinzu... dafür mit... ten nach... mereien; si... reitet, inbe... chen gewor... einem jo ta... gen? Und... Er wollte... emporzubli... machen kon...

werden, dann wird es nicht schwer halten, bei allen Wählern das nötige Verständnis zu wecken. Nüchtern, aber auch nicht ohne Sinn für ein nationalliberaler Wähler für einen freien, unparteiischen oder für einen Sozialdemokraten, so wenig sich ein Sozialdemokrat für einen Nationalliberalen erhebt und erheben soll. Aber der Sozialdemokrat wählt eben zu Zeiten am besten sozialdemokratisch, wenn er den Nationalliberalen wählt und ein Nationalliberaler am nationalliberalsten, wenn er den Sozialdemokraten wählt. Also klar zum Gesichte, gehe es nun wie es wolle.

Diese sehr vernünftigen Darlegungen gelten mehr oder minder auch für die anderen Linksparteien.

Zu den Landtagswahlen.

In einer Mitgliederversammlung des Vorkämpfers sozialdemokratischen Parteibereichs wurden die zwei Landtagskandidaten für die Stadt Forzheim aufgestellt und zwar Gauleiter Genosse Porter für den 1. Bezirk und Genosse Adolf Ged für den 2. Bezirk.

Der falsch aufgefaßte „Revoluzzer“.

Der nationalliberale Generalsekretär A. Schwaier veröffentlicht in der „St. Blasien Ztg.“ die folgende Erklärung:

Anlässlich einer Versammlung, die am 26. April im Gasthaus zur „Aronne“ in St. Blasien stattfand, und in der ich einen politischen Vortrag hielt, gebrauchte ich gegenüber dem Landtagsabgeordneten Benedek den Ausdruck „Revoluzzer“. Da dieser Ausdruck falsch aufgefaßt worden ist, erkläre ich, daß ich mit dieser Bezeichnung Herrn Benedek weder als Mensch, noch als Politiker nahegetreten oder Herrn Benedek herabsetzen wollte. Ich bedauere daher, diese mehr scherzhaft gemeinte Ausrufung getan zu haben.

Alfons Schwaier.

Uns deutet, so bemerkt die „Volksstimme“ zutreffend, daß Herr Martin Benedek, der Sohn des bekannten „Revoluzzers“ von 1848/49 und bewährte Volksmann des Seetreibes, durch diese freundschaftliche Erklärung eher „herabgesetzt“ wird als durch den von Herrn Schwaier so lebhaft bedauernden Ausdruck selbst. In der gegenwärtigen Zeit der agrarischen Volksausbeutung und junkerlich-kerlischen Eifersucht ein „Revoluzzer“ zu sein, ist wahrhaftig ebenso ehrenvoll wie zur Zeit des Vormärz. Und damals befand sich nahe am Benedeks Vater bekanntlich mancher, dessen Epigonen heute „Kramm“ ordnungs- und staatsfremd sind und nicht gerne erinnert werden an das, was die Väter in ihrer Sünden Mäienblüte einst verbrochen. Martin Benedek gehört, wie wir ihn kennen, nicht zu diesen und hätte es dem Herrn Schwaier gewiß nicht verübelt, wenn er seine Erklärung bei sich behalten hätte.

Neue Garnisonen in Baden. Ueber die Garnisonen-Bildungen und Donaueschinger teil Reichstagsabg. Duffner dem „Blätter der Volksboten“ mit, daß nach Billingen das dritte Bataillon des 1. Infanterieregiments Nr. 109 und nach Donaueschingen das dritte Bataillon des Offenburger Infanterieregiments Nr. 70 kommen werden. Diese Dislokation sei bereits vom Kaiser unterzeichnet.

Soziale Rundschau.

Vom Landeswohnungsverein. Die Hauptversammlung des badischen Landeswohnungsvereins wird in diesem Jahr in Freiburg stattfinden und zwar am 28. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr. Oberbürgermeister Dr. Winterer wird über „Die Wohnungspolitik der Stadt Freiburg“ und Herr Stadtratsrat Dr. Würde aus Mannheim über den südlichen Wohnungsnotstand sprechen. Im Anschluß an die Vorträge wird eine Besichtigung von städtischen und genossenschaftlichen Kleinwohnungsbauten stattfinden. Am 29. Juni wird der bad. Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen hier tagen und „Das Zusammengehen der Verbandsmitglieder in wirtschaftlichen Fragen“ durch Referate des Geschäftsführers Seufert in Karlsruhe und des Hochbauamtsleiters Vogt in Karlsruhe erörtert werden.

Von der Mannheimer Viehverwertungsgesellschaft. Anfang des Monats ist die Geschäftsstelle der Landwirtschaftskammer für Viehverwertung in Mannheim wieder eröffnet. Auch nicht den Viehverwertungsgesellschaften angehörende einzelne Landwirte, sowie örtliche Vereinigungen: Ortsvereine, Genossenschaften, Bauernvereine, Konsum- und Absatzvereine sind berech-

tigt, von der gebotenen Einrichtung Gebrauch zu machen. Weitere Mitteilungen macht auf Wunsch die Badische Landwirtschaftskammer, sowie die Viehverwertungsgesellschaft Mannheim, Marktstraße 66.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Lithographen und Steinbruder hält seine 9. Generalversammlung am 10. August und folgende Tage in Stuttgart ab. Vorher finden gesonderte Konferenzen statt, für die im Verband vertretenen Branchen. Einer der wichtigsten Punkte des Verbandstages soll die Aussprache über „technische Umwälzungen im graphischen Gewerbe“ werden. Die gewaltige technische Entwicklung, die in den letzten Jahren das graphische Gewerbe erfährt hat, hatte eine solche weitgehende Ersparnis von Arbeit zur Folge, daß speziell in der Lithographie Hunderte von gelehrten Arbeitern entlassen und vom Verufe abgedrängt worden sind. Durch eine Ausstellung von Druckerzeugnissen soll die technische Entwicklung veranschaulicht werden. — Bei den Gewerkschaftsberichten der einzelnen Verbändeinstanzen soll auch der gegenwärtige Stand der graphischen Industrieberandsache erörtert werden. — Von großer Bedeutung für den Verband war der Streik- und Ausperrungskampf 1911-1912, der größte Lohnkampf, den das deutsche Lithographie- und Steinbrudergewerbe bisher zu bestehen hatte. Die Beratungen hierüber sollen in einer geschlossenen Sitzung stattfinden. — Weitere Beratungspunkte des Verbandstages sind: Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress und zum internationalen Kongress der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe in Wien im August ds. Jrs., ferner allgemeine Anträge und Wahlen der Verbändeinstanzen. — Der Verband der Lithographen, Steinbruder und verw. Berufe Deutschlands hat nach der letzten Abrechnung 16 782 Gehilfenmitglieder und 2322 Lehrlingsmitglieder.

Nachklänge vom vorjährigen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Die Motive des vorjährigen Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet waren Gegenstand einer siebenstündigen Verhandlung vor dem Schöffengericht in Essen. Während und nach dem Streik hatte das Essener Zentrumblatt, die „Volkszeitung“, Artikel veröffentlicht, in denen sie die Führer des alten Verbandes angriff. Es wurde ihnen vorgeworfen, da sie sich durch Bestechung mit englischen Geld zur Inszenierung des Streiks hätten bestimmen lassen, da sie ferner beim Androhen des Abzuges der Kontraktbrüder durch die Unternehmer öffentlich und den mitkämpfenden Verbänden gegenüber zum Ausbarren gemahnt, hinterwärts ihre Mitglieder aber mit Arbeitskarten versehen und in die Gruben geschickt hätten, und da der friebel begonnene Streik nicht aus sachlichen Gründen inszeniert worden sei. Vielmehr habe durch den Streik der christliche Gewerksverein zertrümmert und außerdem hätte er der Sozialdemokratie fruchtbar gemacht werden sollen.

Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volkszeitung“ Kammer wurde Strafverurteilung gefordert. Die Sache hat infolge verschiedener Umstände mehrfach vertagt werden müssen, weshalb sie erst am Freitag zur Verhandlung kam. Für den ersten Punkt erklärte der Verteidiger einen Wahrheitsbeweis nicht antreten zu können und auch nicht zu wollen, weil der Vorwurf in dem Artikel gar nicht gemacht sei. Aber auch die Beweisführungen für die anderen Behauptungen sind misslungen. Während die von dem Angeklagten dafür genannten Zeugen Hermann Jambusch und Gieseler über die Sache überhaupt nichts Greifbares wußten, konnte der Verbandssekretär Hufemann behaupten, daß die Karten mit Stempel der verbundenen Organisationsleitungen nur für Invaliden, die an der Förderung nicht beteiligt sind, ausgestellt wurden, und daß der Verband noch keine 100 solcher Karten im ganzen ausgestellt hat.

Ueber die angeblich unfaßlichen Motive des Streiks wußten die Zeugen des Angeklagten ebenfalls nicht, sondern gaben eine Angabe zu machen. Die Herren kamen immer wieder auf die Behauptung zurück, daß die Ausfälle für den Streik nicht so günstig gewesen wären, und daß umso weniger Anlaß dafür gegeben sei, als ja der Zechenverband bereits eine Lohnerhöhung um 1. April zugesagt hatte und auch der Minister sich in jener Berliner Konferenz stark dafür bemühte, die Zechenverwaltungen zu Verhandlungen zu bewegen. Weil nicht abgetrartet worden sei, ob die Verhandlungen inneweggehen würden, hätten nur die von ihnen angenommenen Maße maßgebend für den Streikfalsch gewesen sein können. Das sei auch aus einem Artikel des „Vorwärts“ klar hervorgegangen. Zudem hätte auch das Geld des Verbandes zu einem Streik nicht ausgereicht. — Zu der Höhe des Gehalts entschloß sich dem Herrn Jambusch das Gehalt, daß ein Streik nicht nötig gewesen sein dürfte, wenn der Gewerksverein die Lohnbewegung mitgemacht hätte. — Durch das Zeugnis des Genossen Hue wurde der wahre Verlauf der Lohnbewegung, die bis 1910 zurückreicht, einwandfrei dargelegt.

Der Verteidiger des Angeklagten machte die verneintesten Anstrengungen, das Gericht glauben zu machen, daß der Angeklagte in Abwehr gehandelt und daß er laut § 193 freisprochen sei. Kühn erklärte er darüber hinaus, daß abgesehen von dem ersten Punkt der Behauptungen, die übrigen durch die Beweisnahme erwiesen seien.

Das Gericht hielt den Vorwurf der Bestechung für tatsächlich erhoben. Rechtsanwalt Gerzfeld, der Vertreter der Kläger, erklärte die kunstvollen Deduktionen des Gegners und das Gericht erklärte alle drei Behauptungen für beleidigend. Der Beweis sei aber für keine der Behauptungen erbracht. Der Schuldsatz § 193 könne nicht in Frage kommen. — Das Urteil lautete wegen jeder der die Behauptungen enthaltenden Nummern der „Volkszeitung“ auf 50 M. Geldstrafe und außerdem Publikationsbefugnis in vier Zeitungen.

Kommunalpolitik.

Abgewiesener Protest. Der Bezirksrat Weinheim beschätzte sich in seiner letzten Sitzung mit der Einsprache gegen die Bürgermeisterwahl in Heidesheim. Herr Bürgermeister Lehmann war bekanntlich mit einer Stimme Mehrheit gewählt worden. Der Bezirksrat wies die Einsprache kostenpflichtig ab.

Elektrische Licht- und Kraftversorgung. Eine in Kreisfach seitens der Bürgermeister und Gemeindevorstände sämtlicher Gemeinden des Amtsbezirks Dreifach abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit der Versorgung der Gemeinden des Amtsbezirks mit elektrischer Energie. Von Fachleuten wurden die Vorzüge des Bezugs elektrischer Kraft dargelegt und die Gründung eines Probebezugsverbandes angeregt. Die einzelnen Gemeinden werden jetzt an die in der Versammlung besprochenen Fragen herantreten, und ihre Beschlüsse fassen.

Die Seidelberger Straßen- und Bergbahn wurde a. J. 1912 von 7 884 214 Personen, annähernd 200 000 mehr als im Jahre 1911 benützt.

Ein Erlaß an die Sparkassen. In Uebereinstimmung mit den Ministerien des Innern und der Finanzen wurde vom Justizministerium bestimmt: Die Sparkassen mit Gemeindebürgerschaft und ihre Verwaltungsgesellschaften werden Gemeindeglieder im Sinne des § 6 der Verbandsordnung vom 7. Dez. 1904 gleichgestellt. Demgemäß haben die Staatsbehörden ihren an solche Sparkassen oder ihre Verwaltungsgesellschaften gerichteten portopflichtigen Sendungen zu frankieren wie auch insoweit diese Sparkassen ihre an Staatsbehörden gerichteten portopflichtigen Sendungen zu frankieren haben.

Aus der Partei.

Die sächsische Parteioffiziation.

Der sächsische Landesvorstand berichtet in umfangreicher Ausführungen in der sächsischen Parteipresse über seine Tätigkeit im verflochtenen Geschäftsjahre und die Entwicklung in dieser Zeit. Das Geschäftsjahr erstreckt sich diesmal nur vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913. Es umfaßt also nur 3/4 Jahr. In dem Bericht wird der Kampf unserer Partei mit den Verbänden geschildert und ein Ueberblick von der politischen Entwicklung, den kommunalen Wahlkämpfen und den politischen Maßnahmen gegeben, die noch immer sehr zahlreich sind und sich durch die Einseitigkeit und Engbergigkeit auszeichnen, die der sächsischen Polizei im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung immer eigen waren, uns aber im Grunde doch nichts geschadet, sondern zu größerem Eifer angepornt haben.

Auch im Geschäftsjahre 1912/13 ist es wieder vorwärts gegangen, wenn auch nicht so stark wie im vorigen Wahl- und Kampfsjahre. Ruhigere Zeiten sind ja niemals Perioden starker Entwicklung im Parteileben gewesen. Dazu kommt, daß infolge einer Vertiefung der Wirtschaft das Geschäftsjahre diesmal um drei Monate kürzer ist. Die Mitgliederzahl stieg in den neun Monaten von 149 326 auf 157 913, also um 8588, das sind 5,7 Prozent; daran sind die Frauen mit 3126 Mitgliedern beteiligt. Ihre Zahl stieg von 8042 auf 21 168. Gegen das Vorjahr, das 28 777 neue Mitglieder für die politische Organisation brachte, bleiben zwar die diesjährigen Ergebnisse zurück; man wird den Zuwachs aber noch immer als normal bezeichnen müssen.

Auch sonst ist es vorwärts gegangen: Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher ist von 2033 auf 2375 gestiegen, es ist somit ein Gewinn von 352 Mandaten zu verzeichnen. Unter dieser verhältnismäßig großen Zahl Gemeindevorsteher befinden sich 306 Stadtverordnete, 2 Stadträte und 4 Gemeindevorsteher. Die Abonnenen der Parteipresse haben sich dagegen nur wenig vermehrt. Während im vorigen Jahre hauptsächlich infolge der Reichstagswahl ein Anwachsen um 31 103 zu verzeichnen war, stieg die Abonnenenziffer 1912/13 nur von 214 884 auf 219 364, also um 4480 Abonnenen.

Kleines feuilleton.

Baden auf der 26. Wanderausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Straßburg.

Baden ist auf der großen landwirtschaftlichen Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, die vom 5. bis 10. Juni ds. Jrs. in Straßburg stattfindet, reich vertreten. In der Wissenschaftlichen Ausstellung der groß. badischen Landwirtschaftsbeobachtung werden folgende Institute ausstellen:

- 1. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus (Arten und Pläne über Feldbereinigungs- und Wasserbauverordnungen, Anlagen etc.).
- 2. Statistisches Landesamt (Karten über Bodenbeschaffenheit, Preisbewegung, Betriebsverhältnisse usw.).
- 3. Geologische Landesanstalt (Boden- und Gesteinproben, Bodenverbesserungsmittel etc.).
- 4. Saatgutamt (Saatgut, Düngungsmittel, Düngungsversuche mit verschiedenen Düngemitteln, Nebberedungen, Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschädlinge usw.).
- 5. Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg (Sammlung minderwertiger Dünge- und Futtermittel, Düngungsversuche mit verschiedenen Düngemitteln, Nebberedungen, Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschädlinge usw.).
- 6. Landwirtschaftliche Schule Augustenberg (Vermittlung, Konferenzen, Darstellungen aus Unterrichtsstunden etc.).

Die Badische Landwirtschaftskammer wird in einer besonderen Abteilung verschiedene Vorführungen aus ihren Tätigkeitsgebieten bringen. — Außerdem ist sie durch Sammelausstellungen an der Saatgut-, Tabak-, Kaffee-, Obst- und Gemüse-, Wein-, Obstwein-, Edelbranntweinausstellung beteiligt. Ausgewählte badische Weine werden in der Traubenweinschule zum Ausprobieren gebracht. In besonderem Maße wird ein Auschnitt von Schwarzwälder Kirchwasser eingedrückt sein.

Der Badische Landwirtschaftliche Verein stellt Karten und farbige Darstellungen aus der Zeit seines Bestehens aus. Ferner Vorführungen aus seiner Tätigkeit, Edelbranntwein- und Grüntraubenausstellung.

Der Badische Bauernverein gibt an Hand von Tafeln, Formularen, Büchern und Warenproben ein Bild der Tätigkeit in den verschiedenen Abteilungen, die sich seit seiner Gründung nach und nach herausentwickelt haben. Zentralbezugs- und Absatzgenossenschaft, Badische Bauernbank, Genossenschaftsverband des Badischen Bauernvereins etc. B.).

Der Genossenschaftsverband Badischer Landwirtschaftlicher Vereiningungen führt in ähnlicher Weise, wie die beiden vorigen seine Entwicklung und seinen Ausbau auf Karten, Tafeln etc. vor Augen. Besonders dargelegt wird außerdem noch die Ent-

wicklung der Zentralkasse der Badischen Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaften und des Badischen Melkerverbands.

An der Tierausstellung werden beteiligt sein die Ober- und Mittelbadischen Zuchtgenossenschaftsverbände, sowie der Verband der Hinterwälder Zuchtgenossenschaften. Mit Pferden die Unter- und Mittelbadischen Pferdegenossenschaften. Außerdem werden die Geflügel- und Wenzelnzuchtgenossenschaft und die Butterausstellung aus Baden ebenfalls besichtigt werden.

Alles in allem genommen dürfte wohl jeder Besucher der Straßburger Ausstellung ein gutes abgerundetes Gesamtbild der in Baden geübten Maßnahmen zur Förderung unserer Landwirtschaft finden, von dem er sicherlich einen lebendigen Eindruck mit nach Hause nehmen wird.

Festrede auf Richard Wagner, gehalten im Kriegerverein in Mauzwinkel.

Der Kladderadatsch bringt folgende Satire: „Kameraden! Im Jahre 1813 rief unser allergnädigster König und alle — alle kamen! Auch Richard Wagner, der am 22. Mai dieses Jahres das Licht der Welt erblickte. Und siehe, das sein göttlicher Held Siegfried singt: „Du Schwert an meiner Linken“ segte den forstigen Eroberer aus den Gauen Deutschlands hinweg wie der Sturm die Spreu. Richard Wagner lernte, nachdem er in Leipzig geboren, bei den Meisterfingern in Nürnberg das Musikgeschäft und diente dann sein Jahr bei den schweren Reitern in München ab, wo er auf Posten vor dem Palais des Königs Ludwig II. das schöne Lied dichtete: „O du mein holder Abendstern! Wie seh ich immer dich so gern, stich ich in finsterner Mitternacht, so einjam auf der stillen Wacht!“ — Ludwig II., der selbst sehr musikalisch war, befürwortete ihn daraufhin zum Hofkapellmeister und befahl ihm, die ruhmreichen Festzüge der Nibelungen zu vertonen, deren erhabenes Fürstentum schlecht im Kriege mit ihrem Erbfeind so sichtbar vom Himmel gesegnet wurde. Wagner verdiente mit dieser schönen, wahrhaft patriotischen Oper so viel Geld, daß er sich in Bayreuth die Villa Wahnfried kaufen und heiraten konnte. Hier schuf er auch den Hochzeitsmarsch aus Lohengrin, dem zu verschiedenen Malen die Ehre erwiesen wurde, bei Trauerfeierlichkeiten allerhöchster Herrschaften von der Kapelle des ersten Garderegiments zu kühn gespielt zu werden. So hat uns Richard Wagner eine Fülle von sechs preußischen Melodien geschaffen, wenn auch allerdings nicht den Sang an Regiu, den unser Oberster Kriegsherr komponierte. Des Meisters beses aber ist der Parsifal. Die symbolisierte er in dem „heiligen Gral“ gar wunderbar die Liebe zum anaestammten Herrscherhaus: darum soll diese Oper

geflüstert. Darüber war er nun gar nicht böse geworden, sondern hatte mit einem seligen Schmunzeln den Garten verlassen. Das Keuselmädchen hatte Munterkeit im Leibe und darüber freute sich Lorenz Asmußens arglose Seele. Seitdem war der kleine Scherz nun zu einer festen Gewohnheit geworden. Dagmar flüsterte ihm immer die Neuse auf diese Weise ins Ohr und immer ging Lorenz Asmußens mit still lächelnden Augen nach Hause. Sogar die anderen Gäste freuten sich; sie gönnten es dem wackeren Mann, daß ihm so eine Schmeichelei ein wenig um den Bart ging.

Asmußens ging von „Waldeslust“ immer unmittelbar in seine eigene Gastwirtschaft zurück, die im südlichen Teile der Stadt am Pferdemarkt lag. In der Stunde vor dem Abendessen begann bei ihm ein etwas regerer Verkehr und dann wollte er auch die Vorbereitungen zum Abendessen persönlich überwachen. Sein Gasthof war aus Bürger und Bauern berechnet, zugleich aber war er von einer so peinlichen Sauberkeit und von einer so angenehmen Wohlhabenheit in allen Dingen, daß sich die Einheimischen oft nach ihm zurücksehnten, wenn sie anderswo in einem teuren Hotel schlafen mußten. Um zehn Uhr entfernten sich im allgemeinen die letzten Gäste, und Asmußens pflegte dann noch einen stillen Grog zu trinken und dazu aus der langen Pfeife zu rauchen. In dieser Stunde pflegte er den Tag zu überblicken, den Erlebnissen nachzudenken und von der Zukunft zu träumen. Es waren fast seine liebsten Stunden, die er auf diese Weise in der Einsamkeit verbrachte. Was in diese Stille und in diese Stunden nicht hineinzupassen schien, wies er von der Hand und ging dafür mit schrankenloser Phantasie seinen Lieblingsgedanken nach. Neuerdings war Dagmar oft in diesen Träumereien; sie hatte keinem rechtlichen Gefühl ein Fest bereitet, indem sie trotz ihrer Herkunft ein so tüchtiges Mädchen geworden war. War es nicht die Pflicht eines jeden, einem so tapferen Menschenkind in jeder Weise beizuspringen? Und in Asmußens reife Langsam ein großer Plan. Er wollte Teil haben an dem Guten, das hier so schön emporzublühen begann, und er wußte auch, wie er es machen konnte. — (Fortsetzung folgt.)

Aus dem Lande.

Zurlach.

Gewerkschaftskartell. Das hiesige Gewerkschaftskartell... abgelehnt, in diesem Jahr ein Bezirksgewerkschafts...

Kastatt.

Kinder-Frühlingsfest. Zum viertenmale wird am Sonntag den 8. Juni in hiesiger Stadt das Kinder-Frühlingsfest...

Offenburg.

Die „Gemeinnützige Baugenossenschaft Offenburg“ hält am Samstag, 7. d. M., eine Hauptversammlung im oberen Saal...

L. Bürgerauswahlkommission. Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf die Errichtung eines Kaufmannsgerichts...

Die Einreichung mehrerer Beamten in das Tarif-Soll bildete den 2. Gegenstand der Tagesordnung...

Die Einreichung mehrerer Beamten in das Tarif-Soll bildete den 2. Gegenstand der Tagesordnung...

Die Einreichung mehrerer Beamten in das Tarif-Soll bildete den 2. Gegenstand der Tagesordnung...

Die Einreichung mehrerer Beamten in das Tarif-Soll bildete den 2. Gegenstand der Tagesordnung...

Die Einreichung mehrerer Beamten in das Tarif-Soll bildete den 2. Gegenstand der Tagesordnung...

Die Einreichung mehrerer Beamten in das Tarif-Soll bildete den 2. Gegenstand der Tagesordnung...

Die Einreichung mehrerer Beamten in das Tarif-Soll bildete den 2. Gegenstand der Tagesordnung...

terer Forderungen für Erweiterung des Nährenetzes und Verbesserung desselben an verschiedenen Stellen. — Punkt 9: Die Lieferung von elektrischem Strom für die Glasplattfabrik Offenburg betreffend, wurde zurückgezogen.

Der 10. Punkt betraf die Ueberschreitung der Anschlagssumme von 1000 M. für 1912 für Ausbesserungen im Garnisonlazarett um 7200 M. Niemand will den Aufschlag zur Vornahme so umfangreicher und kostspieliger Reparaturen...

Die Ergänzung und Aenderung der Friedhofstaxen bildete den 11. Punkt der Tagesordnung. Die Festsetzung der Taxen für die Beisehung von Ackerleuten bedurfte noch der Genehmigung des Bürgerausschusses.

Werkwürdig war bei dieser Sache, daß die Zentrumsfraktion den Anlaß benützte, um ihre prinzipielle Gegnerchaft gegen die Leidenberührung zu dokumentieren. Stv. Seeger erklärte, daß die Fraktion aus diesem Grunde gegen die Vorlage...

* Heilsheim, 1. Juni. Der 17 Jahre alte Sohn des Mühlensammlers Stuhlmeier in der Raimühle ist beim Baden in der Saalbach von einem Schlaganfall getroffen worden...

* Frosheim, 1. Juni. Am heutigen 1. Juni waren 50 Jahre seit Frosheim durch die Bahn an den Weltverkehr angeschlossen wurde, verfloßen. Die Strecke Frosheim-Mühlader war das letzte Bindeglied an der großen Durchgangslinie Paris-Strasbourg-Stuttgart-München.

* Rehl, 30. Mai. Einer Folldefraudation großen Stils ist man dieser Tage im hiesigen Hafen auf die Spur gekommen. Vor etwa zwei Monaten wurde von einer Firma Schwarz ein kleineres Lagerhaus errichtet, in welches ein Schienenstrang der Bahn führt.

* Krautheim, 1. Juni. Ein trauriger Fall hat sich heute hier zugetragen. Der 9 Jahre alte Sohn des Landwirts Kappes dahier, der im Garten seiner Großeltern Blumen zu einem Strauß für seine verstorbene Schwester schneiden wollte, kam so unglücklich zu Fall, daß er sich mit dem offenen gehaltener Messer das Herz verletzete, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

* Freiburg, 1. Juni. Aus Lebensüberdruß hat sich ein lediger Buchbinder zwischen Jährigen und Wildal an einem Baume erhängt.

* Waldshut, 1. Juni. In Hünner wurde durch die Unvorsichtigkeit beim Grasmähen das ca. 8jährige Söhnchen des Schmiedemeisters Ecker von einem anderen Knaben mit der Sense schwer verletzt. Der Knabe dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

* Radolfzell, 1. Juni. Im nahegelegenen Wöhringer erkrankt beim Baden der 20jährige Fabrikarbeiter W. Geißel aus Wöhringen. Der See ist klein, aber wegen seiner Gefährlichkeit, die schon verschiedene Opfer gefordert hat, ist das Baden dort verboten.

Verwendung von Freimarken zu Zahlungen. Im Einverständnis mit der Reichspostverwaltung ist seitens der Finanzbehörden des Deutschen Reiches und der Einzelstaaten angeordnet worden, daß fortan die Postfreimarken auch zur Bezahlung von Zollgebühren, Sparrassen, amtlichen Kostenvorschriften, sowie anderen Zahlungen amtlicher Art Verwendung finden können.

Wasserstand des Rheins. 2. Juni. Schusterinsel 2.12 m, gef. 5 cm, Rehl 3.01 m, gef. 2 cm, Maxau 4.51 m, gef. 6 cm. Mannheim 3.71 m, gef. 11 cm.

Aus der Stadt.

Karlruhe, 2. Juni.

Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 29. Mai 1918.

Geländeverkauf am Rheinhafen. Der Erste Karlsruher Ruderklub „Salamander“, e. V., hat seit 1901 von der Stadtgemeinde 1396 Quadratmeter Gelände am Rheinhafen gemietet und darauf ein zweistöckiges Klubhaus mit Boots- und Ruderhalle errichtet.

Städtische Bauordnung. Infolge Aenderung der Landesbauordnung durch die Novelle vom 18. Januar 1913 sind einige Aenderungen der städtischen Bauordnung nötig. Gleichzeitig sollen einige Bestimmungen, die sich bei der bisherigen Handhabung der städtischen Bauordnung in der Praxis als nicht zweckmäßig erwiesen haben, geändert werden.

Straßenbenennung. Einer größeren Anzahl im Ortsplan vorgesehener Straßen im Gebiet zwischen Pfalzstraße und der Alb und zwischen der Dürmerheimer Straße und der Alb sowie im Gartenstadgebiet werden Namen beigelegt.

Arbeitszeit in der Kinematographentheater. Dem hiesigen Bezirksamt mitgeteilten Entwurf einer auf Grund des § 120 1, Absatz 1 der Gewerbeordnung und § 140 Absatz 1 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 2. April 1912 zu erlassenden ortspolizeilichen Vorschriften über die Dauer der zulässigen täglichen Arbeitszeit der Angestellten der Kinematographentheater und über die ihnen zu gewährenden Pausen wird zugestimmt.

Bon der Volksschule. Wegen Besetzung der etatsmäßigen Stelle einer technischen Lehrerin wird dem Ministerium des Kultus und Unterrichts Vorschlag nach Antrag der Schulkommission gemacht. — Die auf 1. Juli 1918 erledigte Stelle einer vertragsmäßigen Handarbeitslehrerin wird auf Antrag der Schulkommission vorbehaltlich der Genehmigung des Kreis Schulamts) der 3. St. ausstillungsweise verwendet. Handarbeitslehrerin Emilie Nagel und die auf 1. Juni d. J. zu besetzende Stelle der zweiten Hortleiterin am Mädchenhort der Carl Wilhelm-Schule der Handarbeitslehrerin Maria Kunz übertragen.

Zur Weiterbildung in der französischen und englischen Sprache während der Sommerferien werden 9 Lehrerinnen der Bürger- und Mädchenschule Meßkirch aus der Volksschulklasse bewilligt.

Rheinhafenerweiterung. Die Rheinbauinspektion hat das Projekt für die Erbauung des vierten Hafendocks (Südwestdockens) fertiggestellt und die Hauptarbeiten (Erdausbau, Uferpflasterung, Dammschüttung) zur Vergebung ausgeschrieben.

Straßenbahn. Zur Herstellung einer direkten Linie der Straßenbahn aus der Weststadt durch die Karlsruher nach dem neuen Hauptbahnhof und umgekehrt ist der Einbau einer doppelgleisigen Einschwenkung Ecke Karlsruher- und Karlsruher vor dem Hauptpostamt erforderlich. Hierzu ist die staatliche Genehmigung anzurecht erteilt worden.

Verlegung von Geschäftsstellen städtischer Stellen. Mit dem Zeitpunkt des Auszugs des Krankenkassenverbandes aus dem Rathaus — voraussichtlich dem 1. Juli — treten folgende Veränderungen in der Unterbringung städtischer Ämter ein: Das Standsamt (jetzt im 2. Obergeschoß Marktplatzseite) erhält die bisherigen Räume des Krankenkassenverbandes im 1. Obergeschoß gegen die Turmstraße (Eingang von der Jähringerstraße), das Bestattungsamt (jetzt neben dem Standsamt) erhält 2 Räume im Erdgeschoß gegen die Turmstraße (Eingang Jähringerstraße). Das Rechnungsamt wird vom Erdgeschoß Marktplatzseite nach dem 1. Obergeschoß Gabelstraße (jetzt Armen- und Waisenamt), das Armen- und Waisenamt von da nach dem 2. Obergeschoß Gabelstraße verlegt.

Personalfrage. Dem Vorstand der städtischen Bibliothek, Dr. Erwin Fischer, wird auch die Leitung der städtischen Archivbibliothek und der städtischen Sammlungen übertragen.

Beamtenbeleidigung. Der Stadtrat hat Antrag gegen einen hiesigen Wäldermeister, der einen städtischen Installateur bei Ausübung seines Dienstes beschimpft hat, Strafantrag wegen Beamtenbeleidigung gestellt. Nachdem der Angezeigte die geäußerten Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen und sich bereit erklärt hat, eine Buße von 20 M. in die städtische Armenkasse zu bezahlen, beschließt der Stadtrat, den Strafantrag nach Zahlung der Buße zurückzuziehen.

Generalversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Auf die heute abend 1/9 Uhr im großen Rathhaussaal stattfindende Generalversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse seien die gewählten Vertreter auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht.

Neubau von Geschwister Knopf. Nach 3-4 Wochen wird es dauern, und es wird wiederum eines jener schönen von Karlsruhe berühmten Architekten Weinbrenner erbauten Gebäude, die der Stadt ihr charakteristisches Gepräge geben, dem Ansturm der neuen Zeit gewichen sein. Es ist das das Gebäude Kaiserstraße 147, in dem sich bis Ende letzter Woche die Verkaufsstäume des Wärendersches Geschäft Knopf befanden. Bereits werden mächtige Gerüstwerke errichtet, die mithelfen werden an dem Abbruch des alten Gebäudes, der in 3-4 Wochen beendigt werden soll. Ein moderner, großstädtischer Neubau soll sich dann erheben, dessen Gestaltung mehrere Millionen kosten wird. Der Boden allein hatte einen Wert von 2 Millionen Mark. Da der moderne Betrieb keine Unterbrechung ohne empfindliche Schädigung des Besitzes erlangen kann, wird auch dieser Neubau in zwei Etappen vorgenommen. Die Firma kaufte einige nebenan liegende Grundstücke an, die auch der Vermeidung anheimfielen. Mit deren Abbruch wurde am 1. Juli vorigen Jahres begonnen, auf deren Fläche erhob sich dann das erste Drittel des Prachtgebäudes, das am letzten Samstag bereits dem Betrieb übergeben wurde. In etwa 8-9 Monaten soll das Gesamtgebäude fertig sein, es wird ein Prachtbau werden, der sicher mit zu dem bedeutendsten Lebenswürdigkeiten Karlsruhes gezählt werden wird. Man kann sich jetzt noch kein richtiges Bild von der architektonischen Wirkung des Gebäudes machen, das fertige Drittel läßt noch keine Schlüsse zu, wie das Gesamte werden wird. Wir hatten am Samstag Gelegenheit, anlässlich einer freundlichen Einladung der Leitung des Hauses Knopf, zur Eröffnung des fertigen Teiles des Neubaus, das Bild des künftigen Gesamtgebäudes zu sehen, man kann sagen, es wird einen überwältigenden Eindruck machen. Prof. Kreis-Düsseldorf, ein Schüler Weinbrenners, hat die Pläne entworfen. Die Fassade macht einen vornehmen Eindruck. Die ruhige Linienführung wird durch reiche bildhauerischen Schmuck des Architekten Ring hier durch reichen Verzierungen. Der Giebel ist demjenigen von Weinbrenner am alten Gebäude nachgebildet, natürlich in bedeutend größeren Dimensionen.

nionen. Die Front nach der Kaiserstraße zu erhält 8 große Schaufenster. Der jetzige Eingang wird später auch ein Schaufenster geben, der Haupteingang kommt dann in die Mitte des Gebäudes.

Vom Meßern zum Innern. Auch hier ist alles aufs Praktischste und dennoch geschmackvoll eingerichtet. Vor allen Dingen ist eines vorhanden: Licht und Luft. 4 Stockwerke sind als Verkaufsräume erstellt. Im Keller, wenn man diesen Ausdruck noch gebrauchen darf für die unterirdischen Räume moderner Häuser, befinden sich die maschinellen Anlagen, die bereits schon für den Gesamtbau angelegt sind. Hier befinden sich die Licht- und Heizungsanlagen, die elektrische Anlage für die 6 Fahr- und Hebezüge, wovon 4 der Personenbeförderung und zwei dem Warentransport dienen, auch die Kleiderkabinen für das Personal, die Kühlräume befinden sich hier. Ein sehr elegant angelegtes Treppenhaus verbindet die einzelnen Stockwerke. Eine Anzahl treiter Treppen dienen als Notausgänge, sie können bei Feuersgefahr durch feuerfeste Türen erreicht werden. Sehr übersichtlich und praktisch sind die Waren in den verschiedenen Räumen untergebracht. Im Erdgeschoß befinden sich die Waren, im nächsten Stockwerk Damenkonfektion, dann folgen die Galanterie- und Teppichabteilung, Lederwaren, Reiseartikel, gegen die Kaiserstraße zu der Erfrischungsraum, im nächsten Stockwerk sind die Haushaltungsgegenstände, die Lebensmittel und Spielwaren untergebracht. Die weiteren 3 Stockwerke dienen der Veranlagung, als Lager, Kantinen usw. Von der Plattform des Daches aus bietet sich ein prächtiger Rundblick über die Stadt und ihre Umgebung.

Schon jetzt, obgleich nur etwa ein Drittel des künftigen Gebäudes in Betrieb ist, kann man erkennen, welche wichtige Dimensionen die künftigen Räume einnehmen werden. Werden doch sich verschiedene Abteilungen dann über die ganze Front erstrecken. Man kann aber jetzt schon behaupten, daß das Gebäude fünfzigjährig eine Zierde der Stadt sein wird. Es wird der Bau aber auch ein weiteres augenfälliges Beispiel moderner Betriebsentwicklung sein, das in jenen, die in der Entwicklung unserer heutigen Großbetriebe tiefer sehen, mancherlei Gedanken anregen wird.

Die Sperre über die Firma Junker u. Ruh ist von neuem verhängt. (Bericht folgt.)

Ueber „Jugenddeutschlandbund, Deutsche Turnerschaft und Arbeiterchaft“ spricht heute abend in öffentlicher Turnerversammlung im „Reinkanal“ (nicht im „Girlich“) in Mühlsburg Turngenosse S. Wuttke aus Leipzig (früher Kreisvertreter des 10. Kreises des Arbeiter-Turnerbundes). Die Arbeiterchaft von Mühlsburg und Grünwinkel, insbesondere die Turner, sind dazu eingeladen und werden im Hinblick auf das Thema gehalten, zahlreich zu erscheinen.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer Deutschlands, Zählstelle Karlsruhe. Unsern Kollegen zur Kenntnis, daß wir laut Beschluß unserer letzten Versammlung unser Lokal von der Restauration zum „Salmen“ nach der Restauration zur „Wacht am Rhein“, Ecke Ritter- und Gartenstraße, ab 1. Juni verlegt haben.

Die Ortsverwaltung.

e. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Papierindustrie sind bekanntlich recht traurige. Kein Wunder auch, die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Papierindustrie sind erst zu einem recht geringen Prozentsatz organisiert. Das Unternehmertum tut auch alles, um die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten, weiß es doch, daß die „billigen Hände“, denen es seine Profite wesentlich zu danken hat, dort am zahlreichsten zu finden sind, wo das Zaubermittel Organisation noch nicht Eingang gefunden hat in den Köpfen der Arbeiter.

Hier in Karlsruhe haben wir auch etliche Betriebe der Papier- bzw. Papierwarenindustrie, für die das hier Gesagte gilt. Da finden wir Söhne und Töchter von Männern, die zwar selbst der Organisation angehören, es aber nicht fertig gebracht haben, auch ihren Kindern den Nutzen der Organisation begehrlich zu machen. Manchmal sind dem Vater die Fortschritte der eigenen Organisation viel zu gering, seine eigenen Söhne und Töchter aber stehen selbst der Organisation fern. Hier gibt es noch eine Menge Kleinarbeiter zu verrichten, die getan werden muß, gerade auch unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Papierindustrie, wenn nicht die dort herrschenden Verhältnisse beseitigt werden sollen.

Um darzutun, wie notwendig die Organisation gerade für die in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist, sei hier auf einige Beispiele hingewiesen.

Bei der Firma Braun u. Kie. z. B. erhalten erwachsene männliche Arbeiter Löhne von 19 Mk., ein 19jähriger Arbeiter erhält sogar nur 18 Mk. pro Woche, ein Oberpater, also ein Arbeiter, der ziemlich viel Verantwortung zu übernehmen hat, bekommt nach fünfjähriger Beschäftigung im Betriebe 23,50 Mk. Schlechter noch ist die Entlohnung der Arbeiterinnen. Hier werden Anfangslöhne von 1 Mk. bis 1,20 Mk. pro Tag bezahlt, jugendliche Arbeiterinnen erhalten gar nur 80 Pfg. pro Tag. Hat eine solche Arbeiterin keine Familienangehörigen, auf die sie sich stützen kann, und gerät sie in der Not auf Abwege, so empört sich die Sittlichkeit, aber keine der Tugendwächterinnen unserer bürgerlichen Gesellschaft, die in ihren Kaffeefränkchen sich dann sittlich entrüsten, denkt daran, mit welchen Löhnen die armen Arbeiterinnen abgespeist werden. Dazu kommt eine manchmal geradezu empörende Behandlung der Arbeiterinnen durch Vorgesetzte und Mitarbeiter, die zwar selbst für sich eine anständige Behandlung in Anspruch nehmen, die aber das gleiche Recht den Arbeiterinnen nicht einräumen. Der Firmeninhaber, Herr Braun, der nach außen hin gerne als Demofrat und Arbeiterfreund sich aufspielt, hätte reichlich Gelegenheit, seine Arbeiterfreundlichkeit im eigenen Betrieb zur Tat werden zu lassen.

In andern Betrieben der Papierindustrie ist es nicht

besser, oft noch schlechter, um die Arbeitsverhältnisse bestellt. Vielfach herrschen Brutalität und Willkür uneingeschränkt.

Hier kann eines nur allmählich Besserung bringen: die Organisation. Mächten die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Papier- und Papierwarenindustrie den Weg zur Organisation finden. Mächten die Gewerkschafts- und Parteigenossen namentlich, deren Söhne und Töchter in diesem Industriezweig beschäftigt sind, ihren Kindern den Weg zur Organisation weisen und sie veranlassen, dem Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands beizutreten. Das Bureau dieses Verbandes befindet sich Bachstraße 58 hier.

Die Badzüge verkehren von heute, 2. Juni an, regelmäßig und zwar: Nr. 1315 Karlsruhe ab 11.12 vorm., Maxau an 11.35 vorm.; Nr. 1329 Karlsruhe ab 6.13 nachm., Maxau an 6.37 nachm.; Nr. 1318 Maxau ab 12.34 nachm., Karlsruhe an 12.57 nachm.; Nr. 1332 Maxau ab 7.35 nachm., Karlsruhe an 7.48 nachmittags.

Wegen Diebstahls und Betrugs gelangte eine 17 Jahre alte Verkäuferin von hier zur Anzeige, welche ihren Arbeitgeber 2 Pfusen im Werte von 17 Mk. stahl und sich 2 Kostüme im Werte von 205 Mk. erschwindelte.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Groß. Hoftheater Karlsruhe. Die auf heute, 2. Juni, angelegte Aufführung von Hermann Wahrs „Konzert“ wird die in die Ferien fallende 50. Geburtstagsfeier dieses Dichters vorwegnehmen. Dem Lustspiel wird der Einakter „Eittemenschen“ vorangehen. Anfang 7 Uhr. Durch die erstmalige Aufnahme des „Bettelstudenten“ in den Operettenbestand des Hoftheaters am Dienstag den 3. Juni sollen die der Alters- und Hinterbliebenenversorgung der hiesigen Bühnenangehörigen dienenden Mittel der Hoftheaterpensionsanstalt eine Verärgerung erfahren. Außer dieser Erstaufführung bringt die Oper am Freitag den 6. Juni die Neueinstudierung des seit fünf Jahren ruhenden „Fra Diavolo“. Der groß. bad. Kammerfänger Jadowler, zurzeit an der Berliner Hofoper, der seine glänzende Laufbahn hier begonnen hat, nimmt am Sonntag den 3. Juni seine auf 5 Abende berechneten Ehrengastspiele in der Partie des Faust in der „Margarete“ auf. Herr Jadowler wird außer dem Faust den Balthus in „Ariadne auf Naxos“, den Amalva im „Barbier“, den Florestan in „Fidelio“ und den Cleazar in der „Jüdin“ singen. „Siegfried“ in der neuen Ausstattung ist für Sonntag den 22. Juni in Aussicht genommen. Vorgegeben sind noch der „Fliegende Holländer“, die „Entführung“ und die „Afrilantier“. Die Erstaufführung des Leichen Schauspiel aus den Befreiungskämpfen 1813 „Grüne Oftern“, von dem ein Ausschnitt in der Wohltätigkeitsveranstaltung des Frauenvereins dargestellt werden wird, ist für den 13. Juni geplant. Darnach werden an Schauspielneubauten noch folgen „Graf Ropi“ und „Der gute Ruf“.

Stadtgarten-Konzerte. Wegen der warmen Witterung werden die im Stadtgarten üblichen Vertragskonzerte mit Wirkung vom nächsten Dienstag ab abends in der Zeit von 8 bis 11 Uhr stattfinden.

Im Residenztheater bietet das neue Programm wieder eine Fülle von Neubeuten, unter denen der italienische Kunstfilm „Zwei Welten“ ganz besonders hervorgehoben werden darf. Außer neuen humoristischen Szenen sind aber auch belehrende Filme vertreten. Die biologische Studie über die ephären Tiere des Mittelmeeres gibt uns ein Bild von der mannigfaltigen Fauna von Fischen, Weich- und Krustentieren, die das Mittelmeer in seinen Tiefen birgt. Ein malerisches Panorama entwirft die Naturaufnahme der alten romanischen Hafenstadt Sansepolcro und die Residenztheaterzeitung illustriert die neuesten Weltereignisse.

Letzte Nachrichten.

Militär-Justiz.

Heidelberg, 1. Juni. Eine kriegsgerichtliche Verhandlung fand laut „Heidelb. Btg.“ in der Kaserne gegen den Reservisten Franz Rebel aus Neunfirchen statt. Rebel hat nach der Kontrollversammlung einem Unteroffizier der Reserve mit den Worten: „Wenn du auch Unteroffizier bist, haue ich dir doch eine Ohrfeige hin“, eine Ohrfeige gegeben. Rebel erhielt dieser Tat wegen tätlichem Angriff eines Vorgesetzten 1 Jahr und wegen Weidewigung 1 Tag, zusammen 1 Jahr 1 Tag Gefängnis. Rebel ist verheiratet und hat drei Kinder.

Tagung des Verbandes südwestdeutscher Industrieller.

Freiburg, 1. Juni. Der Verband südwestdeutscher Industrieller hielt gestern und heute hier seinen fünften Verbandstag (Generalversammlung) ab. Am Samstag fanden vertrauliche Besprechungen der verschiedenen Kategorien statt, außerdem tagte im Paulusaal die Abteilung Wasserwirtschaft des Verbandes, wobei Direktor Steuer (Neustadt a. S.) und Diplom-Ingenieur Flügel von der Technischen Hochschule Karlsruhe als Redner auftraten. In der Hauptversammlung, die heute Sonntag stattfand, waren der badische Staatsminister des Innern, Hrhr. von Bodman, und Ministerialrat Schulz, als Vertreter der Reichsregierung Geh. Oberregierungsrat Müller anwesend. Minister v. Bodman erwähnte eine Reihe von Maßnahmen, die der badische Staat zur Förderung der Industrie vorgenommen habe und vorzunehmen gewillt sei. Oberregierungsrat Müller betonte, daß die Reichsregierung den Bestrebungen der Industrie weitgehendes Interesse entgegenbringe. Ueber Deutschlands wirtschaftliche Weltmachtstellung und über die Tätigkeit des Verbandes im abgelaufenen Geschäftsjahr referierte der Verbandspräsident Dr. Mief-Mannheim. Für die Errichtung einer Baumwollbörse in Bremen trat der dortige Großkaufmann Fabarius ein, die geplante Jubiläumsausstellung in Karlsruhe besprach Bürgermeister Dr. Kleinjohndt.

Karlsruhe. Auf die Ausführungen Prof. Ballachs von der Technischen Hochschule in Laden über das Taylor-System kommen wir noch zurück. Zum nächstjährigen Tagungsort wurde Straßburg i. El. bestimmt.

Der Konflikt im württembergischen Landtag.

Stuttgart, 31. Mai. Der Vizepräsident der Zweiten Kammer, v. Kiene, hat an den Präsidenten v. Kraut folgendes Schreiben gerichtet: „Die in der Sitzung vom Donnerstag abend und Freitag vormittag von dem Abgeordneten Gaußmann gegen meine Person und Stellung gerichteten Angriffe und die mir hierdurch aufgezwungene Notwendigkeit einer scharfen Zurückweisung konnten mir den Gedanken nahelegen, das Amt eines Vizepräsidenten niederzulegen. Mein Inhalt, Häufung und Art der rein persönlichen Vorwürfe, ich sei wortbrüchig, ermangele logischen Denkens, der Vorwurf der Begriffsverwirrung, begleitet mit verächtlichen Deutungen gegen die Stirn, sowie die geflüsterte Wiederholung einer wiederholt als unwahr erklärten Behauptung lassen es für jedermann verständlich erscheinen, daß ich in berechtigter Abwehr solcher Angriffe und in der dabei naturgemäßen Erregung zu einem deutlichen und scharfen Wort zu greifen mich veranlassen sehen konnte. In diesem Sinn habe ich ausgesprochen, daß ich den von Herrn Gaußmann mit persönlichen Anwürfen gegen mich beschrittenen Weg für zu niedrig erachte, als daß ich ihn beschreite und auf die Wiederholung einer von mir in vielen Zureufen als unwahr bezeichneten Behauptung habe ich schließlich den Zuruf „Lügner“ gebraucht. Der hiermit gekennzeichnete Anlaß und die im Zusammenhang damit von mir gebrachte und vom Präsidenten gerügte Wendung lassen letztere nicht als einen ausreichenden Grund erscheinen, den angeordneten Schritt zu tun. Hiermit bitte ich den Herrn Präsidenten Kenntnis zu nehmen und der Kammer Kenntnis zu geben. Hochachtungsvoll gez. v. Kiene.“

Die Wehrvorlage in der Budgetkommission.

Berlin, 31. Mai. Die Budgetkommission des Reichstags legte heute die gestern abgebrochene Besprechung betreffend die Steuerpflicht der fürstlichen Familie fort. Der Konservativste Redner widersprach der gestern geäußerten Ansicht, daß die Steuerpflicht der Fürsten feststehe. Der König könne nicht Objekt der Gesetzgebung sein. Ein Zentrumsredner war der Ansicht, der König sei dem Gesetz unterworfen, nicht freiwillig, sondern von rechts wegen. Staatsrechtliche Gründe für die Steuerpflicht der Fürsten träfen nicht zu und eine ausdrückliche Bestimmung im Gesetz, die der sozialdem. Antrag anstrebe, sei nicht nötig, wenn die Regierung nicht weiter an ihrer nicht als richtig anerkennenden Auffassung festhalte. Ein sozialdemokratischer Redner stellte die Uebereinstimmung der Mehrheit der Kommission dahin fest, daß der Standpunkt der Regierung unhaltbar sei. Auch ein Fortschrittler konnte den Standpunkt der Regierung in keiner Weise als berechtigt anerkennen. Die Frage, ob überhaupt eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden solle, habe nur eine Bedeutung infolge der Haltung der Regierung. Trotzdem halte er eine solche besondere Bestimmung nicht für angebracht. Staatssekretär Risco erwiderte, die Regierung stehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß der Landesherren, in dem sich die oberste Staatsgewalt verkörpere, das Oberhaupt des Staates sei; das sei ein geschichtlich gewordener Fundamentalsatz des Staatsrechts. Durch die Einführung der Verfassung sei die bestehende Steuerfreiheit der Fürsten nicht aufgehoben worden. Der Redner wandte sich dann im einzelnen gegen die Ausführungen der Vorredner. Von sozialdemokratischer Seite wurde nunmehr gewünscht, daß die Debatte geschlossen werde, da die Angelegenheit geklärt sei. Dem widersprach ein Zentrumsredner, weil noch wichtige Punkte ungeklärt seien, so die Frage, ob die Steuerfreiheit des Landesherren auf sein Landesgebiet beschränkt bleiben soll. Staatssekretär Kühn: Die hier besprochenen Punkte seien tatsächlich dadurch, daß die Fürsten den Wehrbeitrag bezahlen, geklärt. Die Regierung habe ihre Anschauungen in die Begründung hineingeschrieben. Wolle der Reichstag seine abweichende Anschauung zum Ausdruck bringen, so könne er das zweckmäßig im Kommissionsbericht tun. Von Zentrumsseite wurde betont, zweifellos werde das Vermögen der Fürsten weit überschätzt; mitbin würden auch die freiwilligen Beiträge weit überschätzt und nur böser Kritik unterworfen werden. Deshalb müsse man Klarheit schaffen. Der Reichssekretär betonte, gegenüber einer böswilligen Kritik werde man sich doch nie schücheln; deshalb sei eine gesetzliche Bestimmung nicht nötig. Ob ein Kronvermögen zum Staatsvermögen oder zum Vermögen des Fürsten zu rechnen sei, werde auf Grund der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse der Einzel-

Große Versteigerung.

Dienstag, den 3. Juni nachmittags 2 1/2 Uhr, werden

Marienstraße 60, Seitenbau,

gegen bare Zahlung versteigert:

- 1 Badeofen (Kupfermaterial) für Kohlenheizung, eine außereiserne Bademanne, 1 Piano (Böhrer, Berlin), vier Schränke, 4 Kommoden, 2 Nachttische, 2 Vertikals, ein Nähtisch, 2 Nähmaschinen, 2 hochhaufige Vertikals mit Patentrollen und Steil. Matrizen, 3 Dienstbotenbetten, eine Waschkommode, 15 Tische, 1 Spiegel mit Konjöl, 1 Kollentenspiegel, 1 Gasofen, 1 Petroleumofen, 3 Gasöfen, 1 rote Plüschgarnitur, 2 Kanapes, 2 Essstühle, 1 Heiner, 1 Stuhl, 2 Saarmatrasen, 1 Croquetstiel, 1 Küchenstuhl, 1 Küchenfleischhaken, Stühle, Bilder etc., 1357

wozu Liebhaber einladet G. Guggenheim, Auktionator.

Unsere Marine ERSTKLASSIG Die beste 2 Pfg. Cigarette GEORG A. JASMATZI & CO. DRESDEN GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

haaten entschieden werden müssen. Ein nationalliberaler Redner hielt es für bedenklich, bei dieser einmaligen Steuer in so schwerwiegende staatsrechtliche Fragen eindringen zu wollen. Ein Fortschrittler nannte das eine Politik der verpackten Gelegenheiten. Nach weiterer Debatte erfolgte die Teilabstimmung zu § 11. Der fortschrittliche Antrag wurde abgelehnt. Der neu eingebrachte Antrag der Sozialdemokratie, wonach der Bundesrat bestimmt, daß für die Bundesfürsten und die ehemaligen souveränen Häuser die Vermögensdeklaration abgegeben werden muß, wurde gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt. Vorher wird eine vertrauliche Besprechung stattfinden.

Eine Landtags-Ersatzwahl in Elsaß-Lothringen.

Brumath (Elsaß), 2. Juni. (Privattelegramm.) Bei der gestrigen Landtagsersatzwahl wurden 5917 Stimmen abgegeben. Hieron entfielen auf den fortschrittlichen Kandidaten 2225 Stimmen, auf den des Zentrums 2853 und auf den sozialdemokratischen Kandidaten 839. Es hat also Nachwahl stattzufinden.

Der Triester Hafnarbeiter-Ausstand.

Triest, 31. Mai. Eine Vollversammlung der ausständigen Hafnarbeiter beschloß heute vormittag, die Vermittlung der Reeder anzunehmen und die Arbeit am 2. Juni einzuweilen wieder aufzunehmen. Sollte die Vermittlung der Reeder bis zum 9. Juni ergebnislos sein, so werden die Hafnarbeiter wieder in den Ausstand treten.

Der ungarische Korruptions-Prozeß.

Budapest, 31. Mai. Am heutigen fünften Tage der Verhandlung des Prozesses Lufacs-Dejsh wurden Anklage- und Verteidigungsreden gehalten. Oberstaatsanwaltsubstitut Dr. Selly, der im Verlauf des Prozesses fast gar nicht in den Gang der Verhandlung eingegriffen hat, hält die gegen Dejsh erhobene Anklage auf Vergehen der öffentlichen Verleumdung aufrecht. Wenn der Anwurf Dejsh wahr wäre, dann wäre Lufacs der öffentlichen Verachtung preisgegeben. Wie immer der Begriff „Panama“ erklärt werde, bleibe er stigmatisierend, weil das Wort nur eine illegale, zu eigenen Zwecken dienende Vermögensbereicherung bedeuten könne. Denn das „Panama“ sei nur eine Taschensfrage, niemals eine Rechtsfrage. Der von Dejsh gemachte Versuch zu beweisen, daß seine Behauptung, Lufacs sei der größte Panamist Europas, richtig sei, sei vollständig mißlungen. Die Gelder der Ungarischen Bank wurden nicht auf Grund vorheriger Vereinbarung gegeben, die Bank hat der Parteikasse Gelder zugeführt im Interesse der politischen Konsolidierung, wie auch im eigenen Interesse, weil diese Konsolidierung auch die wirtschaftlichen Verhältnisse betraf. Es sei erwiesen worden, daß die Ungarische Bank nicht für das Zustandekommen der Verträge gezahlt habe, welche für den Staat besser seien als die früher bestandenen und daß nicht Lufacs Vereinbarungen mit der Bank getroffen habe. Wie immer auch das Urteil der Parteilei-

denerschaft über Lufacs lauten möge, seine persönliche Ehre sei völlig unberührt geblieben. Der Staatsanwalt verlangt, daß bei der Bestrafung Dejsh der Umstand, daß er den ersten staatsrechtlichen Würdenträger beleidigt habe, als erschwerend, die politische Leidenschaft als mildernd in Betracht gezogen werde.

Der Verteidiger Wajsonyi führt in dreistündiger Rede aus, daß die Beschuldigungen Dejsh im Verlaufe der Verhandlung durch Zeugen wie durch die bekannt gewordenen Tatsachen erwiesen wurden. Wajsonyi legt dar, daß das Vorgehen Lufacs vom strafrechtlichen wie vom moralischen Standpunkt aus ein Panama gewesen sei. Ein Staat darf solche Gelder, wie sie hier gegeben wurden, nicht annehmen, speziell da er als Besitzer von 5000 Aktien dieser Bank durch Annahme dieser Beträge sich selbst schädigt. Clef habe das Geld nicht aus Begeisterung gegeben.

Briefkasten der Redaktion.

N. 3. 200, Muggensturm. Wir verweigern derartigen Inseraten grundsätzlich die Aufnahme.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Lokale Nachrichten: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: J. V. Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Steinarbeiter-Verein.) Heute Montag, 2. Juni Steinarbeiterversammlung. Um zahlreichen Besuch ersucht 1852 Der Vorstand.



Sunlicht Seife

steht in Bezug auf Absatz und Verbreitung einzig da in der Welt. Ihre Qualität ist stets gleichbleibend und konkurrenzlos! Jeder praktischen Hausfrau ist Sunlicht Seife Lieblingsmarke geworden. Die meisten Geschäfte führen die beiden neben gezeigten Packungen.



Vorteilhafte Knaben-Kleidung

in allen Formen o in allen Farben o in allen Stoffen

Für den Hochsommer:

Preiswerte Wasch-Kleidung

- Anzüge . . von Mk. 2.75 an
- Blusen . . . von Mk. 0.95 an
- Hosen . . . von Mk. 1.35 an

Sport-Hemden dazu passende Sport-Hosen

Waschbare Schul-Anzüge

in vielen Stoffarten 1840

besonders billig!

Spiegel & Wels

Bei uns ist die frei gewordene Stelle des

Inseraten-Aquisiteurs

(Stadtreisenden) in geeigneter Weise alsbald wieder neu zu besetzen.

Bewerbungen sind spätestens bis zum 5. Juni d. J. bei uns schriftlich einzureichen.

Karlsruhe, den 26. Mai 1913.

Verlag des „Volksfreund“
Luisenstrasse 24.

Messpreise!

- Costüme . . 7.50 an
- Mäntel . . 4.50 an
- Hüte . . . 3.50 an
- Staubmäntel . . 3.90 an
- Costüm-Röcke . . 2.90 an
- Blusen, weiß u. fsg. . . 0.75 an
- Damenhemden . . 0.95 an
- Damenhosen . . 0.95 an
- Unterhosen . . 0.75 an

Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Keine Ladenspielen. 1823

Stuhlflächerei
R. Lautinger, Marienstr. 75. 4.

Frühjahrs-Messe.

Hierdurch beehre ich mich, dem verehrl. Publikum die ergebene Anzeige zu machen, dass ich bei der diesjährigen Frühjahrsmesse den Betrieb der Messwirtschaft Nr. 2 übernommen habe und einen vorzüglichen Stoff

Hoepfner-Bier

zum Ausschank bringe.

Um zahlreichen Zuspruch bittet

Rud. Bundschuh

Burghofwirt.

Großer Kartoffel-Abschlag 1854

Algier-Frühsosen großfallend 3 Pfund 30,-

Italiener-Kartoffel 3 Pfund 30,-

Malta-Kartoffel . . 3 Pfund 45,-

Alte Kartoffel . per Zentner 2.90

empfiehlt

Gottl. Schöpf

in sämtlichen Filialen.

Büro u. Lager: Luisenstr. 34. :: Teleph. 2826.

Wer Geld sparen will der laufe seine getragene Herren- und Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Weitzzeug nur in dem An- u. Verkaufsgeschäft von Arnold Schap, Jähringerstraße Nr. 33.

Jede Dame

liebt ein zartes, reines Gesicht rosiges, jugendfrisch. Aussehen u blendend schön. Teint. Dies erzeugt

Steckenpferd-Seife

(die beste Milchemulsion-Seife) a St. 50 Pf. Die Wirkung erhöht

Daba-Cream

welcher rote u. rissige Haut weiß u. sammetweich macht. Tube 50 g bei C. Roth, Hofstr., Gerrenstr. 26-28 Otto Fischer, Karlstr. 74 Wilh. Baum, Berberstr. 27 Em. Deming, Kaiserstr. 11 W. Tschering, Amalienstr. 19 sowie in allen Apotheken 5976 in Mühlburg: Strauß-Drog. in Durmersheim: J. Gößl.

Drucksachen rasch und billig

Druckerei Volksfreund.

Linoleum in allen Preislagen Linoleum-Läufer Linoleum-Toppiche erhalten Sie äußerst preiswert im Kaufhaus Zapf Zell a. H.

Verein Karlsruher Aerzte (E.V.)

Das verehrliche Publikum wird ersucht, für den Vormittag verlangte Besuche vor 9 Uhr morgens, für den Nachmittag vor 4 Uhr nachmittags bestellen zu wollen.

Später angeforderte Besuche, sowie Nachmittagsbesuche an Sonn- und Feiertagen werden laut Vereinsbeschluss als Extrabesuche nach erhöhten Honorarsätzen berechnet. 1348

Verein Karlsruher Aerzte
E. V.

Feuerbestattungsverein Karlsruhe (E. V.)

Alle Anhänger der Feuerbestattung laden wir hierdurch zum Eintritt in unsern seit 12 Jahren bestehenden, über 600 Mitglieder zählenden Verein ein.

Jahresbeitrag 3 Mk. Für Mitglieder Herabsetzung der Einäscherungstaxen in allen 3 Bestattungsklassen auf die Hälfte.

Anmeldungen an Oberbuchhalter **Wildenthaler** (Rathaus). 8785

Gemeinnützige Baugenossenschaft

Offenburg.

Einladung

zu der am Samstag, den 7. Juni, abends 8 Uhr, im Saale des Gasthauses zur „Neuen Pfalz“ stattfindenden

Hauptversammlung.

Tagesordnung: 1. Bisheriger Geschäftsbericht, 2. Geländeerwerb, 3. Wünsche und Anträge.

Zu dieser Versammlung haben nur Mitglieder, und solche die es werden wollen, Zutritt. Pünktliches Erscheinen, mit Frauen, ist erwünscht.

Der Vorstand:
J. Gomm. S. Pittroff.

Heinrich Bohner

Zahn-Atelier

DURLACH, Leopoldstrasse 3
vis à vis der Kaserne.

Künstliche Zähne, Plombieren
Schmerzloses Zahnziehen. 1346

Mehrere tüchtige Mechaniker

für Präzisionsarbeit in dauernde und lohnende Stellung gesucht. In derselben wird bezahlter Urlaub und Pensionsberechtigung erlangt.

Meldungen mit Zeugnisabschriften an
Carl Zeiss, Jena. 1351

8 extra billige Schuhtage 8

Vom 30. Mai bis einschl. 7. Juni kommen **grosse Gelegenheitsposten** zu **stauend billigen Preisen** zum Verkauf.

- Damen-Halbschuhe mit Derby u. Lackkapp. neueste Form., d. Paar **4.95**
- Damen-Stiefel mit Derby und Lackkappen, das Paar **5.45**
- Herren-Stiefel mit Derby und Lackkappen, das Paar **6.75**
- Herren-Stiefel braun, echt Box calf, das Paar **8.90**

Braune Kinderschuhe u. -Halbschuhe sowie **Sandalen und Segelfuchschuhe** in grosser Auswahl zu **enorm billigen Preisen.**

Ga. 350 Muster-Paare werden **spottbillig** abgegeben.

Schuhhaus „Hansi“

Karlsruhe 1264

Ecke Markgrafen- und Kronenstrasse.

Bis einschl. Samstag

Wäsche-Weisswaren-Woche

Auslage großer Posten

1353

Damenwäsche, Kinderwäsche, Herrenwäsche, Bettwäsche, Badewäsche, Baumwollwaren, Leinenwaren, Tischwäsche, Handtücher, Taschentücher, Gardinen, Wäsche-Stickereien

zu ungewöhnlich niedrigen Preisen.

Hermann Tietz.

Bruchsal.

Zeitungsträgerin

gesucht. Meldungen werden entgegengenommen von **Girolla, Rathausstraße 5.**

Weicher Limburgerkäse

per Lais 50 Pfg. empfiehlt 1349
Ulois Zanetti, Kaiserstr. 64, Tel. 2107

Berichtigung.

In Nr. 124 vom Samstag, 31. Mai, hat durch ein Versehen unsererseits ein einspaltiges Inserat (Kopfsalat, Gurken, Maltartoffeln u.) der Firma

E. Bucherer

Lebensmittel-Konsumgeschäft

Aufnahme gefunden, das zu Verwirrung Anlaß geben mußte. Es hat nur das auf derselben Seite befindliche 2spaltige Inserat oben genannter Firma Geltung. Expedition des „Volkstreund“.

Mehrere 1000 Mark Gewinne

1355
Lamen aus der Rhein. Fluglotterie und der Straßburger in meine Kollekte; alle Treffer zahle ich bar aus oder liefere andere Lose dafür. **Badische Kreuz** als nächste, auch **Kreuzlinger, Offenburger** und **Beinsberger** à 1.—, 11 St. 10.— Mk.

Carl Götz

Gebelfstr. 11/15, 6. Rathaus.

Zu kaufen gesucht: **Getragene Kleider, Schuhe, Wäsche, Pfandscheine, Gold, Silber, alte Gebisse.** 943

Frau Pflüger

Steinstraße 16, 1. St.

Grasversteigerung.

Mittwoch den 4. Juni, vormittags 9 Uhr, wird das **Grassträngnis** auf den noch nicht benutzten Leichenfeldern des Hauptfriedhofs gegen **Versteigerung** öffentlich versteigert. 1350
Karlsruhe, 31. Mai 1913.
Städtische Gartendirektion.

Gegen Zahnschmerz

Blasscolin 800

Zu haben in allen Apotheken.

Nur bei **H. Maier**

Markgrafenstraße 16

läuft man gebrauchte Möbel, Schuhe, Kleider, Weißzeug am **allerbilligsten.** 1184

Rucksäcke

für Erwachsene und Kinder.

Rucksackstützen schafft Luft zwischen Rücken und Rucksack. 1217

Reisekoffer

Reisetaschen

Gamaschen

Kofferhaus

Geschw. Lämmle

51 Kronenstr. 51

Telefon 1451.

Mitglied des Rabattspartners.

Verkaufe

zu jedem annehmbaren Preise gebrauchte, aber noch gut erhalt. **Damenkleider** und **Damenröcke**, sowie gebrauchte, noch sehr gut erhaltene **Herrenkleider** und gebrauchte **Herrenschuhe.**

An- und Verkaufsgeschäft

D. Turner, Scheffelstr. 64

Gebisse

werden jeden Dienstag angekauft **Karlstr. 41, 3. St., Mh.** pro Zahn von 30 Pfg. an.

Bad. Rote-Geldlotterie

Ziehung garant. 4. Juni.

3327 Gew. u. 1 Präm. bar ohne Abzug

37 000 Mk.

Mögl. Höchstgewinn

15 000 Mk.

Haupttreffer bar Geld

10 000 Mk.

3327 Gew. u. 1 Prämie bar Geld

27 000 Mk.

LOSE à 1 M. 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 25 Pfg. empfängt Lott-Untern.

J. Stürmer

Strassburg i. E.

Langstrasse 107.

Filiale: Kohl u. Ra. Hauptstr. 47.

In Karlsruhe: Carl Götz, Nebelstr. 11/15, Gebr. Gähler, Kaiserstr. 60, Woerner & Wehrle, Erbprinzenstr. 29.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 24. bis 27. Mai. **Karl Willy Emil, B. Emil Langenstein-Endrich, Schreiner.** — **Karl Friedrich Ferdinand, B. Ferdinand Knutzer, Obertelegraphenassistent.** — **Hermann Kuno, B. Christ. Otto Sigmund, Eisenbahnsekretär.** — **Mohr, B. Nikolaus Mauderer, Bahnhofsarbeiter.** — **Karola Maria, B. Friedrich Klein, Bahnmesser.**

Todesfälle vom 28. und 29. Mai. **Max Schiefelbein, Verfabr. Beamter, Ehemann, alt 51 J.** — **Karl Wilhelm, Sohn des Tagelöhners Karl Buch, alt 1 J. 7 Mon. 8 Tg.** — **Erich, Sohn des Bleichers Ludwig Vetter, alt 7 Mon. 25 Tg.** — **Elisabetha, Tochter des Oberpostkammerers Michael Wäth, alt 9 Mon. 16 Tg.** — **Ruth, Tochter des Musikmeisters Walter Bernhagen, alt 1 Mon. 28 Tg.** — **August Crocoll, Schlosser, Ehemann, alt 61 J.** — **Urbeline Nafstätter, ledig, alt 24 J.** — **Elfriede, Tochter des Mechanikers Hermann Adler, alt 1 J. 4 Mon. 23 Tg.**

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 21. bis 26. Mai. **Maria Elisabeth, B. Ernst Weisk, Postassistent.** — **Gertrud Elise, B. Georg Richter, Fabrikarbeiter.**

Eheführung vom 24. Mai. **Josef Clemens Widmann von Gosbach, D.M. Geislingen (Württbg.), Buchdrucker, und Verta Elisabeth König von Konstanz.**

Todesfälle vom 24. bis 29. Mai. **Marie Rodula, B. Franz Josef Emmerich, Alteisenhändler, 4 Mon. alt.** — **Elfa Margarete, B. August Heinrich Kiefer, Wagner, 2 J. alt.** — **Wilhelmine geb. Meier, Ehefrau des Franz Bühler, Lokomotivbeizler, 28 J. 3 Mon. alt.** — **Franz Heinrich, B. Franz Ludwig Sebler, Eisenbrecher, 4 Mon. alt.** — **Franz Vogel, Witwer, Tagelöhner, 75 J. 3 Mon. alt.** — **Friedrich Wilhelm Joller, lediger Schlosser, 43 J. alt.** — **Magdalene Rosine geb. Sauer, Witwe des Jakob Stolz, Fabrikarbeiter, 75 J. 9 Mon. alt**